ANSICHTSEX

alhambra

zeitung und programm märz 96

Widerstand braucht Phantasie

hermannstr. 83 26135 oldenburg
tel.: 0441/14402 fax: 2466880

INFOLADEN MÜNCHEN
BREISACHER STR. 12
81667 MÜNCHEN
Tel.: 089/4[illegible]
Fax: [illegible]

impressum:

Die Alhambra - Zeitung wird unterstützt von:
AK „Kein Fußbreit den FaschistInnen"'
ALSO-Plenum
Alternative Liste der C.v.0.-Uni
Antifa-Jugend-Front (AJF)
Antimilitarismus-Anti-AKW-Gruppe
Arbeitskreis Asyl
ASTA der Carl-von-Ossietzky-Universität
Café Quox
Crush Hour Concerts
Deutsche Kommunistische Partei Ol.
Dritte Welt Laden
Donna 45
Filmriß
Frauengruppe „Autonomes Fräuleinwunder"
Freie ArbeiterInnen Union/1.A.A.OG Aurich
Initiative für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze
Jazzclub Alluvium
Lateinamerika-Gruppe
Na-Und e.V.
Oldenburger Linke Liste (OLLI)
Oldenburger Rechtshilfe
PDS - Linke Liste Oldenburg
Rosige Zeiten
SDAJ
Stachel
Totalverweigerer Gruppe Oldenburg
Tierrechtsoffensive Ol. (T.O.O.)
zweiundvierzig

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.

V.i.S.d.P: K.Fischer

alhambra -grundsätzliches-

Auch wenn es nur wenige wissen, das Alhambra ist so ziemlich einmalig.
Es ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikatonszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B.Discos eingenommen.
Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten.
Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich (oft mit Streß und Nerverei verbunden) tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet.
Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können.
Jeden zweiten Freitag irn Monat, vor „Die Disco", trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum".
Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc.
Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das "NutzerInnen-Plenum" ist der einzige Ort, an dem dies besprochen, und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Spendenkonto:
LzO BLZ: 280 501 00 Kto.Nr.: 000-430 397

Standardtanz
bei der FrauenLesbenDisco im Alhambra

Ab sofort wird die Standardtanz-Musik bei der FrauenLesbenDisco wie die Thekenschichten etc. organisiert.
Jede, die Lust hat, einmal oder öfter die Musik (von 21.00-22.30 Uhr) aufzulegen, kann sich in die Discoliste eintragen. Diese Liste liegt bei jeder FrauenLesbenDisco an der Kasse aus.
Die **FrauenLesbenDisco** findet übrigens **jeden 2. Samstag im Monat** ab **21.00 Uhr** im **Alhambra** statt.

FANTIFA

Zu dem Leserinnenbrief in der Januar-Alhambra-Zeitung:
Leider ist unser Aufruf der Fantifa im Dezember falsch angekommen. Vielleicht lag das u.a. daran, daß wir sowieso Schwierigkeiten hatten, einen Aufruf für FrauenLesben in einem gemischten Blatt zu formulieren. Deshalb haben wir uns jetzt überlegt, auf die Kritik in dieser Zeitung nicht näher einzugehen. Vielmehr wünschen wir uns eine Diskussion mit der Lesbe, die den Leserinnenbrief geschrieben hat, und mit anderen FrauenLesben zu führen.
Wir treffen uns jetzt immer **Donnerstag, 18.00 Uhr** im **FrauenLesben-Raum** in der **Alhambra**. **Die Fantifa**

ak

analyse & kritik -
Zeitung für linke Debatte und Praxis

ak

Ich will ak im Abonnement beziehen.
O Halbjahresabo DM 47,- O Jahresabo DM 90,-
O Förderabo ab DM 75,- O Förderabo ab DM 150,-
(Luftpostzuschlag auf Anfrage)
Sozialabo: für Menschen mit extrem geringem Einkommen:
O Sozialabo DM 38.- O Sozialabo DM 72.-
O Ich zahle per Überweisung auf das Konto H. Eckhoff Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202
O Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen
Das Abonnement ist bis spätestens zwei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

..... Ort, Datum ..... Unterschrift

AbsenderIn: .....
.....
.....
.....

An
analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich H. Eckhoff, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ak bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kto.Nr. BLZ

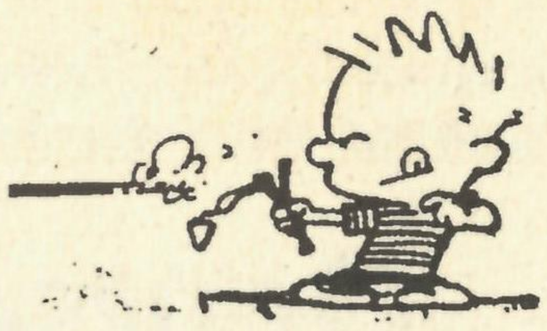
bei der

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den ....
Unterschrift

Infobrett

Widerstand und Repression in der Region



Verfahren eingestellt!

Das Verfahren gegen Katja wegen dem Schaffer-Mahl 94 wurde ohne Auflagen eingestellt.

Nicht alle Bullen sind böse?

Das zumindest wollte der Bulle ... den ProzeßbeobachterInnen nach seiner Aussage im Verfahren gegen Wolfgang (geplätteter REP-Stand) in der Gerichts-Cafete ernsthaft einreden.

Am ... Verhandlungstag waren als Zeugen die beiden Bullen ... und ... geladen. Ihre relativ belanglosen Aussagen bestanden im wesentlichen aus "Ich kann mich nicht mehr erinnern." Nachdem Goose zum wiederholten Male seinen Foto-Sachverstand -zur allgemeinen Belustigung- zur Schau gestellt hatte ("ich habe auch die Verkäuferin bei Foto-Schmidt befragt ...") wurde die Verhandlung geschlossen. Die ZuschauerInnen strömten wie üblich müde aber ausgelassen zu Frühstück und Nachbesprechung in die Gerichtskantine. Zur Krönung des Verhandlungstages trat dann Bulle ... schüchtern an unseren Tisch: "Darf ich mit Euch sprechen?". Unfähig zu einer Antwort (zehn Uhr morgens!) starrten wir ihn an. Er zupfte an seiner Kleidung und sagte verschämt: "Naja, ist doch nur ne Uniform ..." Einige von uns antworteten mit "ääh" und "öööh". Daraufhin teilte er uns mit "wir sind auch nicht glücklich darüber, was der Brandes uns da reingedrückt hat" und ging. NO COMMENT!

Nächster Termin:
Freitag, 1.3., 8.30 Uhr!

(Quelle: aus der Post)

Lübeck - Glaubt den Lügen der Mörder nicht!

Am 16. Februar fand in der Uni Hamburg eine Veranstaltung mit den ehemaligen BewohnerInnen des im Januar abgebrannten Lübecker Flüchtlingsheim statt.

"Erstmals wandten sich die Flüchtlinge, die bis zum Brandanschlag vom 18. Januar in der Lübecker Hafenstraße wohnten, am Freitag direkt an die Öffentlichkeit. Sie wiesen Behauptungen der Staatsanwaltschaft, nach denen es im Haus »ethnische Konflikte« gegeben habe, entschieden zurück. Gemeinsam forderten sie die Freilassung von Safwan E. Mit allen Mitteln versuche die Polizei, ihre Version in den Ermittlungen durchzusetzen. Zunächst seien sie wie Zeugen, nach der Festnahme von Safwan E. dann wie Verdächtige behandelt worden, erklärten die Betroffenen. Verhöre fänden in der Regel ohne Rechtsbeistand statt. Die Polizei komme einfach in deren Unterkunft und hole sie zu jeder Tages- und Nachtzeit zu Verhören ab. Im Vordergrund der Befragungen stehe immer die These von angeblichen Konflikten unter den Bewohnern. Auch Kinder würden suggestiv befragt, um belastendes Material gegen den Beschuldigten Safoan E. zu sammeln.

Gustave S., dessen angeblicher Streit mit dem Libanesen der Grund für die Brandstiftung gewesen sein soll, berichtete, er sei mehrfach verhört worden. Mit keinem Wort habe er Safoan E. belastet. Die Polizei habe ihn gefragt, warum er zunächst andere und dann erst seine eigenen Kinder aus dem Feuer gerettet habe oder welche Farbe das Feuer gehabt hätte.

Betroffene berichten auch von einer verdeckten Ermittlerin, die sich als Freundin eines der Todesopfer ausgebe. Vor allem Frauen und Kinder seien von ihr nach Kinderpornos befragt worden, die angeblich im Haus gedreht worden sein sollen. Während die Aussage eines einzigen Sanitäters ausreiche (die auch erst nach der Aussetzung von 50 000 DM Belohnung zur Ergreifung der Täter gemacht wurde), seinen Bruder weiterhin in Untersuchungshaft zu halten, kritisierte Mohammed E., »werden die Aussagen von 30 Flüchtlingen, die Safoan entlasten, ignoriert«. Er habe in der Nacht noch ferngesehen, während sein Bruder bereits schlief. Später seien sie wie andere Bewohner von Hilferufen geweckt worden und auf das Dach geklettert. Safoan E. habe dabei anderen geholfen. Insgesamt ergibt sich aus den Berichten der Flüchtlinge ein vollkommen anderes Bild des Geschehens, als die offizielle Version Glauben machen will: Die Polizei sei zwar fast von Anfang an vor Ort gewesen, habe aber erst eingegriffen, nachdem die Feuerwehr eingetroffen sei. Bis dahin, beschrieb ein Flüchtling, hätten sich die Polizisten darauf beschränkt, sie vom Grundstück fernzuhalten. Schon in der Nacht seien sie ohne Rücksicht auf ihre psychische und physische Verfassung getrennt verhört worden. Jeder und jede könne plötzlich verdächtigt werden, brachten die Flüchtlinge ihre Befürchtungen zum Ausdruck. Das sei die Strategie, um von der Verantwortung Deutschlands abzulenken.

Immer noch hätten sie keine neuen Wohnungen, informieren die Flüchtlinge. Jene, die einige der Toten nach Zaire begleiteten, hätten am Tag ihrer Abreise Abschiebungsbescheide bekommen. Von der Zusage eines Daueraufenthaltsrechts durch den Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller sei jetzt nicht mehr die Rede. Auch dies sei eine Folge der offiziellen Version des Brandes." (jw vom 19.2.)

"Das Tatmotiv "interne Auseinandersetzungen" bricht endgültig zusammen, nachdem Gustave S. im ZDF aussagt, er habe nie Streit mit Safoan E. gehabt, er habe ihn noch nicht einmal persönlich gekannt. Die Ermittlungsbehörden reagieren prompt: Nachrichtensperre." (jw vom 22.2.)

Zu diesem Thema verweisen wir auf die sehr gelungene Stellungnahme des Café Morgenland aus Frankfurt sowie auf den Kommentar von Ivo Bozic "Freiheit für Safoan!" weiter hinten im Heft.

Wieder Totalverweigerung in OL

Am 1.2. sollte Andreas aus OL seinen Zivildienst im münsterländischen Legden beginnen. Er ist dort nicht erschienen, weil Zivildienst

- genauso zur Kriegsmaschinerie gehört
- ein Jobkiller ist
- ein beschissener Zwangsdienst für diesen Staat ist.

Andreas erwartet für diese konsequente Weigerung ein Verfahren wegen Dienstflucht.

Weg mit allen Zwangsdiensten!

(Quelle: aus der Post)

"Geht nicht zur Bundeswehr - geht nicht zum Widerstand ???"

Die Zeitung "graswurzel revolution - für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft" mit Sitz in der Karlstraße 14a, Oldenburg, titelt in der Februar-Ausgabe: "Geht nicht zum Militär - geht nicht zur PKK!". Der Autor, Graswurzler Andreas Speck, setzt damit den revolutionären Befreiungskampf der PKK mit dem Vernichtungskrieg des türkische Militärs in Kurdistan gleich. Solche blöden und hetzerischen Publikationen haben im Alhambra nichts zu suchen.

Wir fordern: graswurzel revolution raus aus dem Infoladen!

PUC c/o Alhambra

Der vorliegende Text ist das Einleitungsreferat von Ahlrich Meyer, das er am 2.2.96 zum Gesprächsabend mit ehemaligen deutschen Widerstandskämpfern in der französischen Résistance gehalten hat.

„Deutsche in der Résistance“

Ich habe die große Ehre und Freude, Ihnen hier heute abend Gäste vorstellen zu dürfen, die während der Zeit der deutschen Besetzung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg der französischen Widerstandsbewegung angehörten und die aus Anlaß der laufenden Ausstellung „Deutsche in der Résistance“ der Carl von Ossietzky Universität einen Besuch abstatten.

Ich begrüße ganz herzlich PETER GINGOLD, MARCEL GRÜNBERG, KURT HÄLKER, GERHARD LEO und ERNST MELIS. DORA SCHAUL, die wir ebenfalls eingeladen haben, konnte aus gesundheitlichen Gründen leider nicht kommen, was ich sehr bedaure.

Der Gesprächsabend, zu dem wir uns heute treffen, soll dem Versuch dienen, die historischen Erfahrungen wach zu halten, die aus dem „antifaschistischen Widerstand“, aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den von Deutschland ausgehenden Eroberungs- und Vernichtungskrieg in Europa erwachsen sind. Darüber hinaus sollten wir diskutieren, wie diese Erfahrungen womöglich für die gegenwärtige politische Auseinandersetzung auf neue Weise fruchtbar zu machen sind.

Bevor wir mit der Diskussion beginnen, gestatten Sie mir einige einleitende Vorbemerkungen zu dem historischen Thema „Deutsche in der Résistance“. Im Anschluß an diese Vorbemerkungen möchte die politische Gruppe „zweiundvierzig“, Mitveranstalterin des heutigen Abends, eine kurze Stellungnahme zu einigen aktuellen Tendenzen der deutschen Politik abgeben, die unter dem Titel „Deutsche in der Résistance - Widerstand gegen Deutschland“ zugleich Fragen an unsere Gäste und an das Publikum richtet. Sodann wollen wir Peter Gingold das Wort für einen Beitrag der Gäste geben.

Was war die Résistance, was war der Widerstand im deutschbesetzten Frankreich?

In der Bundesrepublik herrscht bis heute ein allzu enger Widerstandsbegriff vor. Wir beschränken uns weitgehend auf den „20. Juli“, die „Weiße Rose“, den Widerstand aus Kreisen der Kirchen, der Sozialdemokratie und - wo kein antikommunistisches Vorurteil im Wege steht - der KPD. Unser Blick endet zumeist an den Grenzen des „Deutschen Reichs“. Das ganze Feld der europäischen Widerstandsbewegungen gegen die deutsche Besatzung, gegen die im Krieg begangenen Massenverbrechen, gegen die sog. „Endlösung der Judenfrage“ wurde dabei fast vollständig ausgeblendet, nicht nur im offiziellen Geschichtsbild. Die Geschichte der Widerstandsbewegungen in den verschiedenen von Deutschland besetzten und unterjochten Ländern wurde auch niemals Bestandteil einer linken politischen Tradition hierzulande. Ganz besonders gilt dies für den jüdischen Widerstand in Europa, der erst in jüngster Zeit in der Bundesrepublik überhaupt zur Kenntnis genommen wurde.

So ist auch die französische Résistance in der BRD kaum bekannt. Es gibt bestenfalls einige grobe Klischees, die sich aus dem Mythos de Gaulles speisen, die aber in nichts den schwierigen Bedingungen gerecht werden, unter denen der Kampf gegen die deutschen Besatzer geführt wurde, und die vor allem nicht der Breite und Vielfalt des Widerstands gerecht werden.

Wenn ich von Breite und Vielfalt spreche, so meine ich in erster Linie den internationalen Charakter der französischen Résistance. Die Résistance war nicht denkbar und wäre nicht praktisch auf den Weg gekommen ohne die Erfahrungen aus dem Spanischen Bürgerkrieg, ohne den hohen Anteil von Arbeitsimmigranten und Flüchtlingen, Spaniern, Italienern, Polen, Tschechen, Rumänen, von deutschen und österreichischen Antifaschisten in ihren Reihen. Vor allem kann der Beitrag von jüdischen Frauen und Männern zur Résistance gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.
Zum anderen muß man auf die vielfältigen Widerstandsformen hinweisen. Sie reichen vom zivilen Ungehorsam bis zum bewaffneten Kampf:
- Ausweise für Verfolgte bereitstellen und fälschen, Verfolgte verstecken, Fluchthilfe leisten, die Rettung von jüdischen Kindern;
- Propaganda gegen Krieg und Besatzung, Radiosendungen der Alliierten abhören, illegale Presse und Flugblätter drucken und verteilen;
- Informationen über die Besatzungstruppen sammeln und weitergeben;
- militante Kampfformen, Demonstrationen, Streiks, Sabotage, bewaffnete Angriffe auf Einrichtungen und Angehörige der Wehrmacht;
- und schließlich ab 1943/44 die Bildung von Partisanengruppen ...
all das machte in der Summe jenen Widerstand aus, der unter dem Namen „französische Résistance“ zusammengefaßt wird.

Die Gäste, die heute abend anwesend sind, repräsentieren nahezu das gesamte Spektrum solcher Widerstandstätigkeiten im besetzten Frankreich. Und sie repräsentieren zugleich eine, wenn ich so sagen darf, sehr ungewöhnliche „deutsche Biographie“, eine Biographie, von der wir zu lernen haben, deren Erfahrungsgehalt zum politischen Vermächtnis dieses Jahrhunderts gehört. Vielleicht ist die Bezeichnung „*Deutsche* in der Résistance“ sogar allzu eng, um diese Biographie zu würdigen?

Sie wurden in Deutschland geboren, einige von ihnen in jüdischen Elternhäusern, einige als Kinder von polnischen Einwanderern, sie kamen aus dem Milieu der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, und sie machten - ganz gegen die unheilvolle deutschnationale Tradition des Franzossenhasses - die Sache der französischen Résistance, den Kampf um Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit, um die Befreiung Frankreichs vom deutschen Joch zu ihrer Sache. Als sie dies taten, waren sie Verfolgte, Illegale, Parias. Denn sie waren als Flüchtlinge und Emigranten in den Jahren nach 1933 nach Frankreich gekommen und wurden dort mit Ausbruch des Krieges als „unerwünschte Ausländer“ zum Teil jahrelang interniert, wenn sie sich nicht versteckt hielten. Oder sie wurden 1940/41 als Angehörige der deutschen Wehrmacht nach Frankreich geschickt und schlossen sich, als sie den verbrecherischen Charakter des Krieges erkannten, der Résistance an, lieferten ihr Nachrichten und Waffen - ein immerhin sehr seltener Fall unter den deutschen Wehrmachtssoldaten. Sie waren als Mitglieder der Exil-KPD in Frankreich und Herausgeber der illegalen kommunistischen Presse propagandistisch

tätig, knüpften als Frauen riskante Kontakte zu deutschen Soldaten und waren als Angehörige des Sektors „Travail Allemand" in den Besatzungsapparat „eingebaut", um die deutschen Truppenbewegungen in Frankreich auszuforschen und andere für den Widerstand wichtige Informationen zu sammeln. Sie kämpften in den Reihen der Partisanenverbände der „Francs-Tireurs-et-Partisans-Français" und ihres internationalistischen Flügels, der FTP-MOI, und bezahlten oftmals mit ihrem Leben. Ab 1943 wirkten sie in der „Bewegung 'Freies Deutschland' für den Westen" mit, dem CALPO, einem Zusammenschluß deutscher Antifaschisten, Kommunisten und Sozialdemokraten, der 1944 offiziell als Teil der französischen Résistance anerkannt wurde und der - in der Tradition von 1918 - die deutschen Soldaten zur Aufgabe des Krieges, zum Überlaufen und zum Sturz des Hitler-Regimes aufrief.
Kurz: Sie leisteten einen Beitrag zum Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus, gegen den Krieg und die deutsche Okkupation, der jedenfalls in der Bundesrepublik so gut wie unbekannt geblieben ist.

Dazu erlauben Sie mir ein persönliches Wort: Ich gehöre einer Generation an, die noch ganz und gar geprägt wurde von der unmittelbaren Nachkriegszeit und von dem beispiellosen politisch-moralischen Bankrott unserer Elterngeneration, die auf die eine oder andere Weise als Täter oder Zuschauer in die deutschen Massenverbrechen, in die Verfolgung und Ermordung der Juden, in den Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung im Osten verstrickt war. Wir selbst haben eine wirkliche Abrechnung mit dieser Tätergeneration nie betrieben, unsere Privilegien bauten auf millionenfachem Mord auf, unser Antifaschismus war, wie man gesagt hat, ein „hilfloser Antifaschismus" (W.F. Haug), er blieb auch während der Bewegung von 1968 hilflos. Wie sehr die junge Bundesrepublik, die ihr demokratisches Potential dem Sieg der Alliierten verdankte, in ihren politischen und gesellschaftlichen Eliten und Strukturen in der Kontinuität des Nationalsozialismus stand, haben wir nicht wirklich begriffen und bekämpft. Und dazu waren wir weitgehend abgeschnitten von den Erfahrungen der europäischen Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus, von den Erfahrungen gerade auch der „Deutschen in der Résistance".

Ich will hier, weil ich mich dazu nicht berufen fühle, nicht auf die Situation in der ehemaligen DDR eingehen, wo der Antifaschismus ja offiziell als Legitimationsideologie gedient hat. Nun, nach dem Fall der Mauer und nachdem der „Antifaschismus" als ein angeblicher Mythos zu Grabe getragen wurde, droht ein erneutes Vergessen der internationalistischen Erfahrungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus und die deutsche Vorherrschaft über Europa. Für die heutige Zeit, für die politische Auseinandersetzung im Kontext der neuen hegemonialen Rolle Deutschlands in Europa und angesichts der Renationalisierung der Politik, wie wir sie überall in Europa als Mittel der territorialen Neuordnung, der sozialen Deregulation und der Ausgrenzung von Flüchtlingen und Immigranten beobachten, scheinen mir diese Widerstandserfahrungen jedoch unverzichtbar.

Ich möchte schließen mit einem Satz, den ich hier anläßlich der Ausstellungseröffnung schon einmal zitiert habe. Er stammt von Adam Rayski, einem Verantwortlichen des jüdisch-kommunistischen Widerstands in Frankreich:
„Die Ruinen der Berliner Mauer," sagt Rayski, „deren Fall den ideologischen Bankrott des kommunistischen Systems symbolisiert, dürfen nicht die Erinnerung an jene Menschen verschütten, von denen viele an das kommunistische Ideal glaubten, die aber alle dafür kämpften, der Menschheit den Sieg des Rassenhasses und des Antisemitismus zu ersparen."

---

vortrag und diskussion für frauenlesben

am 4. märz um 19.00 uhr

in den karla-frauenräumen, karlstr. 14
mit

Sukaina e.V.
Unterstützung von Frauen in Krisengebieten

sukaina e.v. ist ein zusammenschluß autonomer frauen aus hamburg, die seit februar ´93 zusammenarbeiten, um frauengruppen im ehemaligen jugoslawien zu unterstützen.

alyn bessmann informiert über die arbeit von sukaina mit antinationalistischen frauenprojekten im ehemaligen jugoslawien, die momentane kriegssituation, was das mit der frauenbewegung hier zu tun hat und die aufhebung des abschiebestops hier für bosnische flüchtlinge.

wir bemüühen uns um übersetzerinnen für engl., franz., pers., serbokroatisch ...

DRITTE ERKLÄRUNG DES SPRENGEL

ZU DEN EREIGNISSEN AM 18 UND 19 JANUAR

Für viele, insbesondere diejenigen, die die Verhältnisse auf dem Sprengelgelände nicht schon länger kennen, blieb die Komplexität des Konfliktes unverständlich. Dies gilt vor allem für die Eskalation am 19.1., die auch uns überrascht und überrollt hat. Ein drittes Schreiben von uns scheint aber auch deshalb notwendig zu sein, weil einiges an Kritik und Gerüchten in Hannover und anderen Städten aufgekommen ist.

Sprengel war schon seit Jahren keine einheitliche Gruppe

Vorweg: die Konfliktlinie verläuft nicht zwischen "den Punks" und "den Autonomen". Diese Einteilung verschleiert den Kern der Auseinandersetzungen und wird von einem Teil der jetzigen Ex-Bewohner (und dabei handelt es sich tätsächlich um nur eine Frau bei ca. 15 Männern) als Instrument benutzt, Pseudofronten aufzubauen, um ihren Lügen einen scheinbar legitimen Boden zur Aufrechterhaltung der Eskalation zu bieten (s.u.)
Daß sich "die eine Seite" als Punks begreift und "wir" uns zum Teil als Autonome, reicht allenfalls für optische Beschreibungen - erklärt aber nicht, warum wir nicht gemeinsam auf Sprengel leben können.

Klar ist: Sprengel war seit Jahren keine homogene Gruppe, sondern mindestens zwei. Der eskalierte Konflikt kann nicht ohne diesen Hintergrund betrachtet werden. Es gab sowohl Unterschiede in Bezug auf "private" Vorstellungen, von dem wie man/frau leben will, als auch unvereinbare politische Trennungslinien - auch wenn letzteres selten so benannt wurde. Bedingungslos egoistisches Verhalten von Leuten, die in dem linken Flügel der ersten Etage gewohnt haben, machte es schon lange für viele unmöglich auf Sprengel zu leben. Beispiele: Nachts oberlaute Musik, Müll ins Treppenhaus werfen, Scheiße der Hunde liegen lassen, Kohlenklau, (Androhung von) Gewalt bei Meinungsverschiedenheiten, Anpöbeleien und Bedrohung von Leuten aus dem Haus und dem Stadtteil. All dies erschwerte das Zusammenleben im Haus schon immer. Schwulenfeindlichen Sprüchen und Aktionen wurde Raum gegeben, Nazi-Parolen wurden gegrölt und an Wände geschmiert, sexistisches Verhalten war Alltag (...).
Unsere Unfähigkeit, diesen Verhältnissen wirksam entgegenzutreten, trägt auch Mitschuld an unserem jahrelangen politischen Bankrott.
Die scheinbar fruchtbaren Diskussionen, die es mit Einzelnen gab, wurden immer wieder durch das Wirken einiger "Rädelsführer" zur Sinnlosigkeit degradiert. So gab es nur wenige beständige Kontakte zwischen den BewohnerInnen der ersten Etage und dem Rest des Hauses.
Wir begreifen das Problem der Kommunikationslosigkeit durchaus auch als unser eigenes. Ebenso wollen wir mit dem hier Gesagten nicht pauschal alle grundsätzlichen Problem des Geländes dem einen Etagenflügel zuschustern.
Unsere Reaktionen auf heftige Aktionen, wie etwa die Brandstiftung in der "Schwulen Sau" im Juli 95 waren zumeist Versuche, die, die Scheiße gebaut haben, rauszuschmeißen. Falls das nicht gelang (bei den Brandstiftern gelang es), was oft eine Frage der quasi-militärischen Kräfteverhältnisse war, führte das jeweils zu einer Verhärtung der Fronten und zur Verunmöglichung von konstruktiven Entwicklungen. Das war die Situation, bevor wir wieder gezwungen waren zwei Leute rauszuschmeißen, in der Hoffnung, den Terror, der von Teilen der Clique ausging, wenigsten durch repressive Maßnahmen in Grenzen halten zu können.

Kritik von UnterstützerInnen

Mittlerweile kennen wir vier verschiedene (z.T. halb-öffentliche) Flugblaätter, die unser Verhalten und unsere zwei bisherigen Stellungnahmen kritisieren. Zusätzlich kursieren einige Kritiken und Gerüchte: Zum einen werden wir von Leuten, die uns in ähnlichen Notfällen wieder unterstützen würden, kritisiert, zum anderen kommt Kritik von Leuten (wörtlich) "der anderen Fraktion". Auf alle Details einzugehen erscheint uns nicht sinnvoll. Wir greifen deshaltb nur die z.T. Hauptkritikpunkte auf.
In einem Papier von UnterstützerInnen aus einer anderen Stadt, die mit uns zusammen nach den Auseinandersetzungen Haus und Gelände absicherten, wird vor allem die geländeinterne Struktur kritisiert:
Warum gab es in der Vergangenheit keine verbindlichen Entscheidungsstrukturen, die von allen BewohnerInnen getragen wurden und zu einem gemeinsamen Vorgehen führten? Warum wurden die Konflikte nicht schon früher benannt und nach außen hin verständlich vermittelt? Außerdem lehnen die SchreiberInnen eine "militante Konfrontation mit den Punks" ab, auch wenn an anderer Stelle gesagt wird, daß u.a. "sexistisches Verhalten und Angriffe auf unsere Strukturen bekämpft werden müssen".
Wir schließen uns den Einschätzungen an, daß auf Sprengel seit Jahren zu wenig miteinander geredet wurde und daß Entscheidungen stets von zu wenigen gefällt und getragen wurden. Das führte z.T. in eine Entscheidungsunfähigkeit, d.h. es gab lange schon keine wirkliche Vertretung mehr für das gesamte Gelände. Dies ist der Fehler aller BewohnerInnen und Gruppen. Ein tragfähiger Konsens wurde nur gegenüber Nazis, Bullen und der Stadt erzielt. (An anderer Stelle dieses Flugblattes wird angerissen, wie es zu dieser verfahrenen Situation kommen konnte.)
Problematisch war in jedem Fall das totale Desinteresse an geländeinternen Angelegenheiten und das antisoziale Verhalten seitens eines Teils der BewohnerInnen, besonders das der jetzt rausgeschmissenen Gruppe. Eine Verständigung mit allen - z.B. über unser Verhältnis zur "Schwulen Sau" - war unmöglich. Das und das Wissen um die Ohnmacht von Geländeplena veranlsßte uns dazu, noch in der Nacht des zunächst gescheiterten Angriffs auf die "Schwule Sau", einen Rausschmißversuch gegen die zwei Hauptbeteiligten (die sich nicht zum ersten Mal durch schwulenfeindliche Sprüche und Aktionen hervorgetan hatten) zu unternehmen.
Wenn es nicht möglich war, sich auf einen Geländekonsens zu berufen, so war es doch für die Mehrheit der BewohnerInnen eindeutig, daß es über den schwulenfeindlichen Angriff ncihts zu diskutieren gab. Das heißt, wir stimmen der Kritik des Papiers von "welschen aus außerhalb" insofern zu, als das wir für die Zukunft wieder tragfähigere Strukturen aufbauen müssen. Aus der bis vor kurzem so lähmenden geländeinternen Situation heraus bleib für uns allerdings kein anderer Ausweg, als auf diese Konfrontationen einzugehen. Auch wir hätten den Konflikt lieber gewaltfrei gelöst, zumal die Gruppe, die unser Haus von innen demoliert hat, nicht unser neuer "Hauptfeind" ist. Aber was wäre die Alternative gewesen: eine sachliche Diskussion mit Leuten, die sich mit Knüp-

peln bewaffnet vor zwei Schwulenfeinde stellt!? - Für die Knüppelschwinger zählten wie so oft nicht Argumente, sondern die dickeren Oberarme.
Eine unüberwindbare Hürde in der Verständigung ist auch die "Kumpelmentalität" der Gegenseite. Für viele aus der anderen Gruppe spielt es keine Rolle, um was es bei einem Konflikt geht. Zählen tut dann nur, daß einer, der z.B. rausgeschmissen werden soll, zur eigenen Szene gehört und Kumpel ist, während die RausschmeisserInnen sowieso nur "Automaten" sind, deren Argumente allein schon aus diesem Grund kein Gewicht haben.

Der andere wesentliche Kritikpunkt ist unsere mangelnde Öffentlichkeitsarbeit, weswegen gerade Leute von außerhalb zumindest überrascht waren, daß es zu einer so extremen Eskalation kommen konnte.
Diese Kritik stimmt zunächst. Nachvollziehbar dürfte aber sein, daß es schwierig ist, sich zu einem auf dem Sprengelgelände existierenden Konflikt öffentlich zu äußern, für den wir jahrelang keine Lösungsmöglichkeit sahen und auch jetzt nicht sehen.
Der Unterschied zu früher besteht nun in der räumlichen Trennung, die für die Situation auf dem Sprengelgelände zwar eine neue Chance bedeutet, aber ganz und gar nicht garantiert, daß es zu keinen Übergriffen mehr gegen Einzeln, die "Sau", das UJZ Korn, das Sprengel oder andere Projekte kommt. Der hannoverschen Polit-Szene und Leuten aus kulturellen Projekten müßte - bei vorhandenem eigenen Interesse - der Konflikt bekannt sein. Seit Jahren gab es notgedrungen immer wieder große Plena, weil es von Seiter der Rausgeschmissenen und deren Umfeld zu Nazi-Sprüchen, antifeministischen und antischwulen Anmachen, Schlägereinen oder direkten Angriffen gegen verschiedene Projekte kam.
Leute aus Hannover können vielleicht etwas damit anfangen, wenn wir an die Auseinandersetzungen um das *Putti 8*, die *Korn* oder an diverse Schlägereien bei Partys im *Elchkeller* erinnern. Dazu gab es aus der linksradikalen Szene öffentliche Stellungnahmen. Der Brandanschlag gegen die Sau im Juli 95 ging sogar durch die lokale Presse und machte (zwar verfälschend) deutlich, daß auf Sprengel alles andere als eine harmonische Gemeinschaft existiert. Daraus ergibt sich für uns, daß einige KritikerInnen die angerissenen Konflikte nicht wahrnehmen wollten, bzw. verharmlost haben.
Letztendlich aber stimmt es, daß in der Vergangenheit von unserer Seite zu wenig eindeutige Stellungnahmen kamen. Auch haben sich zu viele von uns durch Nicht-Verhalten oder sozialarbeiterisches "wir können beide Seiten verstehen" rausgezogen (das war einKritikpunkt anderer Leute von außerhalb).
Wenn wir uns auf so unzweideutige Fälle wie den der schwulen Sau beziehen, gibt es zum Rausschmiß der beiden Angreifer keine Alternative und es gibt in diesem Punkt von der "Gegenseite" nichts zu verstehen oder zu entschuldigen.
Über vieles andere sollte sehr wohl innerhalb und außerhalb des Sprengels diskutiert werden.

Zur Kritik der "Gegenseite"

Durch die Stellungnahmen der Gegenseite zieht sich eine völlige Verharmlosung der Angriffe auf die "Schwule Sau", sie werden als entschuldbare Alk-Ausrutscher dargestellt.
In dem einen Papier tauchen zwei Sätze dazu auf, die nur besagen, daß so eine Verhalten zwar "nicht zu billigen ist", aber vorenthalten, wie diese "Nichtbilligung" denn aussehen könnte.
In einem zweiten Schreiben kommen zur Sau drei Sätze, die das Ganze als Versuch zweier Punks, "in dem ach so toleranten Umfeld der Sau" Bier zu bekommen, werten. Und: die beiden Punks "reagierten überzogen".
Parallel wird in beiden Papieren dieses seltsame "Eingeständnis" benutzt, um die Täter, die die Sau überfielen, als arme Opfer hinzustellen. Beispiele: "Menschen bei - 7,5°C auf die Straße zu setzen, ist genauso verachtend wie der Alk-Angriff auf die Kneipe Schwule Sau". Oder der Vorwurf, wie hätten die Gegenseite in einer Pressemitteilung als "Nazi_Punks" bezeichnet. Über den Begriff ließe sich streiten, benutzt haben wir ihn nicht. (Mal ganz abgesehen davon, daß hier mal wieder eine Pressemeldung unhinterfragt als "wahr" übernommen und, weil es gerade so schön paßte, gegen uns verwendet wurde).
Besonders das zweite Papier (von "denen, die Farbe bekennen") strotzt von Gruselgeschichten über die Taten der "politisch korrekten Autonomen Linken". Besonders kraß fällt die Behauptung auf, wir hätten "Leuten Äxte auf den Kopf gehauen". Das schließen wir definitiv aus. Andererseits sind mindestens zwei Fälle bekannt, wo Leute von uns mit Äxten attackiert wurden... In besagtem Papier stimmt so gut wie nichts, nicht einmal der zeitliche Ablauf der Geschehnisse (z.B. wurden die beiden Typen nicht, wie behauptet nacht um 1.30 Uhr , sondern nachmittags gegen 17.00 Uhr rausgeworfen). Das Papier mutmaßt schließlich, daß alles eine von uns durchgeführte Verfassungsschutz-Aktion sei.
Daß "lauter arme Opfer", nachdem sie uns rausgeworfen hatten, unser Haus von innen demolierten, wird in keinem der Papiere auch nur erwähnt.

Auch nicht in dem dritten Papier, welches zwar intellektuell-gesellschaftskritisch-analytisch daherkommt, nichtsdestotrotz aber vor Wissenslücken strotzt. So wurde das Sprengel nicht Anfang der 80er Jahre, sondern 1987 besetzt. Von den damaligen BesetzerInnen sind immer noch einige auf dem Gelände, viele andere leben schon etliche Jahre hier und nicht wenige der "Ur-BesetzerInnen" kamen uns bei den Auseinandersetzungen und jetzt bei den Instandsetzungsarbeiten zu Hilfe.
In den ersten Jahren der Sprengel-Besetzung (in denen es intern auch nicht immer gerade rosig lief) wäre wesentlich einmütiger, früher und entschiedener gegen schwulenfeindliche Tendenzen vorgegangen worden.
Dieser Rückblick deshalb, weil wir als "Nachfahren der Ur-Besetzer in mindestens der zweiten Generation" dargestellt werden, woraus dann wiederum etwas wirre Schlußfolgerungen gezogen werden ("Es handelt sich bei den Nordstadtkonflikten um Machtkämpfe rivalisierender Jugendbanden, die sich zum Teil einen politischen Anstrich geben möchten").
Wir sehen in keinem der drei zuletzt erwähnten Papiere einen Diskussionsansatz. Das erste ("Erklärung einiger Leute der anderen Fraktion") betont lediglich, daß eine Aufarbeitung beiderseits nötig sei und eine Deeskalation angestrebt wird.
Zusätzlich erreichen uns die wildesten Gerüchte ("Stalinisten werfen Anarchisten raus", "16-jähriger Punk von 10-15 Autonomen zusammengeschlagen", "Zusammengeschlagener erblindet nach Knüppelschlägen von Autonomen" ...), die bereitwillig und zum Teil auch entgegen besseren Wissens weiterverbreitet werden, um uns zu diffamieren und zu isolieren.
Wir fordern Euch auf, diesen Lügenstories - die in verschiedenen Städten kursieren - entgegenzutreten.

Abschließend

Es wird keinen Wiedereinzug der Rausgeschmissenen geben. Wir sind nicht an einem Kleinkrieg auf der Strape oder sonstwo interessiert. Von unserer Seite aus wird es keine Eskalation geben. Wir werden uns aber gegen Angriffe - auf Einzeln oder gegen das ganze Haus - wehren.
Weiterhin sind wir auf Spenden - auch von Material - und die Unterstützung von außerhalb angewiesen.
Danke an die vielen Leuten, die uns in den letzten 14 Tagen tatkräftig unterstützt haben!

Hannover, den 4.2.96

Sprengel -Plenum
Für Kritik u.a. sind wir zu erreichen unter:
Sprengel-Plenum, Schaufelder Str. 33
30167 Hannover

Aufruf zur Gründung eines Komittees zur Aufklärung der Verbrechen des organisierten Deutschtums

Presseerklärung von Café Morgenland, Frankfurt/Main

Jeder ist uns der Nächste!

Mit der Verhaftung des libanesischen Bewohners der Asylbewerberunterkunft in Lübeck ist ein Höhepunkt eines Prozesses erreicht worden, der mit Solingen begonnen hat.

Die Betroffenheit und der Schock der deutschen Bevölkerung samt ihrer Herrschaftselite war seit den Ereignissen in Solingen sehr groß. Damit ist nicht die Tötung von den MigrantInnen gemeint, sondern die militanten Auseinandersetzungen der MigrantInnen mit dieser Stadt (demolierte Geschäfte, Autobahnblockaden usw.), der Image-Verlust des Landes, die Gefährdung ihrer Exportfähigkeit.

Nicht zufällig wurde das Wort „Brandanschlag" von der Weltpresse original übernommen (neben den inzwischen bekannten Begriffen „Blitzkrieg", „Kindergarten", „Berufsverbot" usw.). Seither wurde die Linie - unterstützt von Medien und geduldet von großen Teilen der deutsche Linken - gefahren, daß es keine Brandanschläge und schon gar keine rassistischen Brandanschläge zu geben hat. Damit war nicht gemeint, die Verfolgung rassistischer Aktivitäten konsequent zu unterbinden, sondern sie alles andere als rassistisch zu erklären. Egal, ob dies glaubhaft erschien oder nicht. Denn nicht die störende Wahrheit war gefragt, sondern die massenhaft sehnlichst gewünschte Täter-Entlastung, solche, die dem rassistischen Klischee dieser Bevölkerung entsprach.

Rassistische Variante Nr.1: Wie jeder Stammtischbruder weiß, können Ausländer weder ordnungsgemäß den Klo-Spül-Mechanismus bedienen (Rostocker Variante) noch mit Technik und Elektrik umgehen. So wurden eine Reihe von Brandanschlägen mit der Begründung des „technischen Defekts" sowohl von Protestierenden als auch von den „Ermittlern" ad acta gelegt.
Als eine 4-köpfige tamilische Familie in Lambertheim in Hessen vor drei Jahren durch einen Brandanschlag ums Leben kam, erklärte dies die Polizei als „Unachtsamkeit" der BewohnerInnen. Die antirassistische Demonstration, die anschließend stattfand, wurde von der dort ansässigen deutschen Bevölkerung mit dem Vorwurf attackiert „ihr funktionalisiert einen Unfall für eure Zwecke". Und weil Gründlichkeit in Deutschland deutsche Gründlichkeit ist, verlangte später der Bürgermeister von den Hinterbliebenen die Rückerstattung (sie waren ja selber schuld) der Beerdigungskosten! Ein Jahr später stellten sich die Täter (zwei deutsche) der Polizei, „weil sie ein schlechtes Gewissen hatten". Als Motiv gaben sie „Frust wegen einer verpaßten Verabredung" an.

Rassistische Variante Nr. 2: Deutschtum und Deuschtümelei basieren auf der Annahme, daß nur „autarke" und „homogene" Völker (was das auch immer sein mag) harmonisch unter sich leben können. Wie sagte das alte Ehepaar am Rande der Lübecker Demo am 20.1.96? „Weizen und Mais muß man trennen. Sonst klappt es

Demonstration in Lübeck

nicht".
Ausgehend von dieser herrschenden rassistischen Einstellung wurden und werden (auch im Fall Lübeck) Bilder von sich streitenden „Volksgruppen" (Libanesen gegen schwarze Menschen, Türken gegen Polen usw.) als Grund von Brandanschlägen präsentiert.
Diese Einstellung ist die Projektion der eigenen rassistischen Haltung zu anderen Völkern: Wenn die Deutschen keinen anderen in ihrem Land und schon gar nicht in ihrer Nähe dulden können, so gilt dies auch bei anderen Völkern.
Oder die „Mentalitäts"-Version: Eifersucht bei Ausländern führt -wegen ihrer Mentalität - zu Brandanschlägen (aktuell präsentiertes Motiv für den verhafteten Libanesen).

D.h., die rassistischen Angriffe finden in der Regel zweimal statt: Zuerst als Brandanschlag und anschließend als Reproduktion und Verfestigung rassistischer Klischees und Einstellungen. Wenn nun, trotz aller Bemühungen, die TäterInnen nicht versteckt werden können (da sie sich entweder offen in Rudelformation vor den Heimen zeigen oder sich gar nicht erst bemühen abzuhauen), dann tritt die dritte Variante in Kraft:
Der/die TäterInnen haben psychische Probleme (zweiter Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge, Täter ein Deutscher) oder „Doping-Effekt", d.h. Alkohol im Spiel (in Berlin haben zwei besoffene Deutsche einen Polen in der Spree ertränkt) oder der/die TäterInnen hatten Frust bzw. Streit in der Familie (übliche Entlastung von jugendlichen Brandstiftern) oder sie fanden sich in „feierlicher Stimmung" (300 Himmelfahrtsväter in Schönau) oder es gab Nachbarschaftsstreit zwischen den Kindern (Waldorfer Pogromnacht - 200 deutsche Nachbarn haben in der Nacht zum 26.5.94 versucht, die in ihrer Straße seit 20 Jahren lebenden 2 türkischen Familien zu lynchen, sodaß sie durch die Polizei aus der Straße für immer evakuiert werden mußten).
Oder der/die TäterInnen waren „high" (Drogensüchtige am Werk - so wurde der Brandanschlag auf das von MigrantInnen bewohnte Haus in der Stuttgarter Altstadt - wo 7 Menschen starben - präsentiert! Anderthalb Jahre später gestand der eigentliche Täter, ein Deutscher, - in Zusammenhang mit anderen Brandanschlägen - seine Tat) oder, wie in Magdeburg der Polizeipräsident die Exzesse der Himmelfahrtssöhne erklärte: Schuld für die Hetzjagd war die starke Sonne in Verbindung mit Alkohol.
Wann und in welcher psychischen oder physischen Lebenssituation bringen Deutsche eigentlich keine Ausländer um?
Wir haben es bereits gesagt: Der Anlaß ist beliebig. Denn es handelt sich um eine Alltagsnormalität in Deutschland bzw. um einen potenzierten Vernichtungswillen, der nicht nach Motiven, sondern nach Anläßen sucht, um sich mörderisch zu artikulieren. Egal in welchem Zustand die Deutschen sich befinden, fällt ihnen als erstes ein, Nichtdeutsche zu töten. Wenn man/frau dabei berücksichtigt, daß bisher 80% der TäterInnen bei den rassistischen Angriffen keine Neonazis oder Skinheads, sondern stinknormale deutsche BürgerInnen waren, dann gilt für uns: Aufpassen! Jeder ist uns der Nächste.
Daher ist die Suche nach den unmittelbaren TäterInnen (selbst bei unterstellter Bereitschaft der Behörden) äußerst schwierig: Bei 80 Mio. potentiellen TäterInnen geht es nicht um die Suche nach der berühmten Nadel im Heuhaufen, sondern um die Suche nach der Nadel im Nadelhaufen!

Der volksgemeinschaftliche Entlastungswunsch - der seit den Attacken des Auslands auf Deutschland sich verstärkt hat - wird auch in den konkreten Fällen durch die Polizeiermittlungen untermauert. Fast immer werden so oder so die Opfer zu TäterInnen gemacht.
Es ist somit ein Punkt erreicht worden, wo wir uns gezwungen sehen, uns einzumischen:

Café Morgenland behält sich vor, zusammen mit anderen MigrantInnen-Gruppen ein „Untersuchungskomittee zur Aufklärung der Verbrechen des organisierten Deutschtums" einzuberufen.
Im Vordergrund dieser Arbeit wird weder der Vorwurf des Dilletantismus der Ermittler (sonst müßten wir besser geschulte Bullen fordern) noch kriminalistische Arbeit zur TäterInnen-Erfassung stehen (obwohl wir es sehr wichtig finden, sind wir dazu nicht imstande).
Vielmehr soll es darum gehen, die Offenlegung des inzwischen verschärften „German-Problem" zu vollziehen, mit dem Ziel, die offizielle „Deckel-drauf"-Linie zu Fall zu bringen, die hier lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen zu informieren sowie das Land im Ausland zu denunzieren.
Wir erhoffen uns davon, die Unversehrtheit der MigrantInnen und Flüchtlingen einigermaßen sicherzustellen.
In dem vom Apparat und Volk generalstabsmässig organisierten „Verwirrspiel" ist alles drin: Von Freilassung des verhafteten Flüchtlings, von erzwungenen Schuldbekenntnissen, von manipulierten Zeugenaussagen bis hin zur „Selbstermordung" (Stammheim und Bad Kleinen lassen grüssen). Bei jedem Brandanschlag, bei jedem aufkommenden MigrantInnen-Protest wird dies so oder ähnlich ablaufen, wenn wir es nicht unterbinden. Ja, wir geben zu, daß unser Mißtrauen gegen den Apparat und sein Volk grenzenlos ist.
Wenn andere die „Vorurteile gegen die Deutschen" oder „Haß gegen die Deutschen" als Vorwurf von sich weisen, so gilt

es für uns,wenn es an uns gerichtet ist - als Feststellung.
Das sind unsere Erfahrungen im Land der Deutschen. Es ist viel zu viel geschehen in diesem Land. Es sind viel zu viele von uns umgebracht worden. Es geschieht weiterhin täglich viel zu viel, um unsere Einstellung zu Land und Leuten von irgendeinem offiziellen Ermittlungsergebnis abhängig zu machen.
Daher sehen wir die Bildung eines „Untersuchungskomittees zur Aufklärung der Verbrechen des organisierten Deutschtums“ weder als unabhängig noch als überparteilich noch als neutral noch als objektiv an.
Im Gegenteil: Es wird abhängig von dem MigrantInnen-Auftrag sein müssen, es wird Partei für die Nichtdeutschen ergreifen müssen, es wird einseitig die Interessen der Flüchtlinge und MigrantInnen vetreten müssen und es wird die subjektiven Empfindungen der Betroffenen wahrnehmen müssen.
Adressat der Untersuchungsergebnisse werden in erster Linie die hier lebenden MigrantInnen/Flüchtlinge und das Ausland sein. Weder geht es uns um die Rettung der „Rechtsstaatlichkeit“ dieser Gesellschaft noch um ein besseres Deutschland. Hier ist nichts mehr zu machen.
Uns gegenüber hat sich längst eine Einheitsfront formiert, die keine Parteien und keine Ideologien mehr kennt und zur Entlastung bzw. zum Abschütteln des deutschen Makels nicht nur in der FAZ/TAZ aufruft. Die PDS z.B. (siehe Neues Deutschland vom 22.1.96) hat die Vorreiterrolle für den Schutz der Grevesmühlener Volksgemeinschaft übernommen, nach dem Motto „lieber ein Nazi-Volk als gar kein Volk“.
Diejenigen aus dem herrschenden politischen Lager, wie der Bürgermeister von Lübeck oder die Amtsleiterin vom Multikulti-Amt in Frankfurt, die aus der Reihe getanzt sind, werden zur Zeit regelrecht diszipliniert, ihre Äußerungen als Beleidigung des deutschen Volkes (schön wäre es) attackiert. Die FDP in Hessen verlangt bereits den Rücktritt der Amtsleiterin.
Denn in diesen für Deutschland schweren Zeiten gilt, daß alle zusammenhalten müssen. Anders ausgedrückt, ein Komplott, deutsche Bevölkerung, Polizei und Politik, kann nur funktionieren, wenn keine Widersprüche in den eigenen Reihen aufkommen (dürfen).

Die Bildung eines MigrantInnen-Komittees ist die Fortsetzung unserer Demo am 20.01.96 in Grevesmühlen mit anderen Mitteln.

25. Januar 1996

Freiheit für Safoan!

Seit 20 Tagen sitzt Safoan E. im Knast. In einem Land voller Brandstifter und Biedermänner soll eines der Opfer des Brandanschlags auf das Flüchtlingswohnhaus in Lübeck als Feuerleger herhalten, das deutsche Gewissen entlasten, den Wirtschaftsstandort sauber hatten. Doch dafür, daß Sofoan E. der Täter ist, spricht bis heute kaum etwas. Einzig sein angebliches »Geständnis« kurz noch der Tat im Krankenwagen und sein sogenanntes »Täterwissen«. Letzteres bedeutet, daß er den Brandherd gekannt haben soll, doch Sofoan E.s Anwalt erklärt dazu, sein Mandant habe lediglich weitererzählt, was ihm sein Vater zugetragen habe - und dessen Zimmertür war schließlich nur einen Meter von der bewußten Stelle entfernt.
Vielmehr deutet fast alles, was an Fakten bekannt ist, darauf hin, daß der 21-jährige Libanese nicht der Täter ist. Warum sollte er sich, nachdem er im ersten Stock das Feuer gelegt hat, im dritten Stock schlafen legen? Zudem wurde auch Sofoan E., nachdem man ihn aufgeweckt hatte, nur knapp gerettet, er half dann bei den Rettungsmaßnahmen. In dem Haftbefehlsantrag, der dem ZDF zugespielt worden war, hatte es geheißen, es habe Auseinandersetzungen zwischen Afrikanern und Arabern gegeben. Safoan E. habe im Streit mit einem Gustave E. gelegen. Doch der erklärte dem ZDF-Reporter, er wisse nichts von einem Streit. Auch den übrigen HausbewohnerInnen sind keinerlei Konflikte bekannt. Im Gegenteil: Sie berichteten einmütig, daß im Haus »alles friedlich« gewesen sei. Es habe allerdings schon mehrmals Anschläge gegeben, die die Polizei jedoch nicht verfolgt habe. Auch für ein vom stern konstruiertes Eifersuchtsdrama gibt es keine Indizien.
Selbst wenn die Brandstiftung wirklich im Haus vorgenommen worden war, spricht nichts dagegen, daß jemand von außen sie verübte. Hausbewohner haben von einem seit Wochen eingeschlagenen Fenster im Parterre berichtet. Und die Behauptung der Ermittler, daß die Haustür verschlossen gewesen sein soll, ist angesichts dessen, daß sie sperrangelweit offenstand, als die Feuerwehr kam, weil etliche BewohnerInnen durch eben jene Tür vor dem Feuer geflohen waren, auch kein Beleg für die Täterschaft von Sofoan E. Über weitere »Beweise« schweigen sich die Ermittler aus. Veröffentlicht wird nur, was ihnen in den Kram paßt, ansonsten: Nachrichtensperre. Deutschland hält's Maul. Und Sofoan E. ist weiterhin eingekerkert. Gäbe es nicht das konkrete staatliche Interesse, würde eine solch dünne »Beweis«lage für die Aufrechterhaltung eines Haftbefehls nie und nimmer reichen. An objektive Ermittlungen glaubt doch nach Stammheim, La Belle und Bad Kleinen kaum noch jemand. Alle Argumente, die in diese Richtung gehen, verharmlosen die Situation im Lande. Safoan E. wird wohl solange sitzen müssen, bis auch die letzten Medien und damit die Öffentlichkeit den Fall abgehakt haben.Wieder ein krimineller Ausländer mehr. Und während in Lübeck noch die Trümmer beiseite geräumt werden, dürfen 350 000 bosnische Kriegsflüchtlinge schon mal ihre Koffer packen. Deutschland winkt: Gute Reise!

Ivo Bozic

(aus: junge welt vom 10. Februar 96)

Zur Geschichte der Atomkraft

1938 gelang Otto Hahn die erste Kernspaltung. Nach diesem sensationellen Erfolg wurde die durch diesen Vorgang erzeugbare Energie genutzt und mit der Entwicklung der Atombombe sogleich zum Instrument militärischer Interessen. Die Herstellung der ersten Atombombe gelang schließlich Anfang der vierziger Jahre in den USA. Beteiligt waren u.a. die aus Deutschland emigrierten Wissenschaftler Einstein und Oppenheimer.
Anfang 1945 zündete die USA die erste Atombombe über Hiroshima, obwohl Japan zu diesem Zeitpunkt so gut wie besiegt war und Deutschland längst kapituliert hatte. Die Folgen der Bombenexplosionen über Hiroshima und Nagasaki wurden sorgfältig erfaßt und ausgewertet. Diese Aktion war ein Versuch an Menschen unter realen Bedingungen - über 1oooo Menschen starben. Im beginnenden Kalten Krieg war der Abwurf der Atombomben eine Machtdemonstration der USA gegenüber der UdSSR.
Auch zur Verschleierung der weiteren Entwicklung von Atomwaffen legte die USA der entsetzten Weltöffentlichkeit anschließend zur Beruhigung das Programm "Atome für den Frieden" vor, welches die "friedliche Nutzung", d.h. die Energieerzeugung durch Atomkraft beinhaltete. Doch die Trennung der zivilen von der militärischen Nutzung ist nichts als Schönfärberei. So wurden z.B. in Indien und Pakistan mit Hilfe von Kernreaktoren, die zur Stromerzeugung genutzt werden sollten, Atombomben gebaut.
In Deutschland wurde 1956 die Atomkommission gebildet, die sich aus Wirtschaftsvertretern (z.B. Deutsche Bank, AEG, Siemens, Mannesmann, Hoechst, IG Farben) und Atomwissenschaftlern wie Hahn und Heisenberg zusammensetzte, die zum großen Teil bereits für das NS-Regime gearbeitet hatten. Den Vorsitz der Kommission hatte der CSU-Politiker Strauss inne, der nach der Integration der BRD in die NATO die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen forderte. Zwar konnte eine Atomwaffenproduktion in der BRD zu diesem Zeitpunkt nicht durchgesetzt werden, aber Europa sollte mit amerikanischen Waffen atomar aufgerüstet werden.
Es folgte die scheinbare Konzentration auf die "friedliche" Nutzung der Atomenergie, deren Ziel ein mächtiger Industriezweig war, mit dessen Hilfe eine für militärische Zwecke nutzbare atomare Infrastruktur geschaffen, das militärische Potential der Anlagen vertuscht und Profite aus dem Staatshaushalt zugunsten von Konzernen abgezogen werden sollte.
Die bereits 1954 gegründete Physikalische Studiengesellschaft im Kernforschungszentrum Karlsruhe war mit der Planung und dem Bau des ersten deutschen Atomreaktors beauftragt, mit dem 1957 in Karlsruhe begonnen wurde. 1963 ging der Reaktor ans Netz. Heute sind, über das ganze Land verteilt, zahlreiche AKWs im Betrieb. Einige wurden aufgrund gravierender Sicherheitsmängel stillgelegt.

Militärische Interessen unter dem Deckmantel der "zivilen" Atomforschung

1954 erklärte die BRD in den Pariser Verträgen ihren Verzicht auf eigene Atomwaffen. In diesen Verträgen sind Rüstungsbeschränkungen vorgeschrieben, für deren Aufhebung sich die BRD einige Jahre danach offensiv einsetzte. Erst nach langem Zögern unterzeichnete die BRD den Atomwaffensperrvertrag (NPT), der den "Nicht-Atomstaaten" den Erwerb von Atomwaffen verbietet. Einziges Schlupfloch in diesem Vertrag ist die amerikanische Interpretation, der zu Folge eine westeuropäische Atomstreitmacht im Rahmen des NPT einen europäischen Staatenbund vorraussetzt, der sämtliche Funktionen der äußeren Sicherheit einschließlich der Verteidigung zu kontrollieren hat. In diesem europäischen Staatenbund, der sich in den Entwicklungen der EU-Politik der letzen Jahre abgezeichnet hat, sieht die BRD ihre Option auf europäische Atomwaffen. Das Ziel deutscher Parteien ist solch ein europäisches Staatsgebilde mit gemeinsamen Streitkräften. Mit der daraus resultierenden ökonomischen und politischen Vormachtstellung in Europa gemeinsam mit anderen starken Mächten, wie Frankreich und England, wären folglich Alleingänge dieser Staaten mit atomarem Drohpotential möglich. Die BRD gilt als eine der führenden Mächte in der Atomwaffentechnologie, ist folglich ein "Atomstaat auf Abruf", da sie innerhalb weniger Wochen eigene Atomsprengköpfe herstellen könnte. Nicht ohne Grund weigert sich die deutsche Regierung, den Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz aufzunehmen!

"Sicherheit" durch IAEO und Euratom ?!

1957 wurde die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) von den Vereinten Nationen als Kontrollorgan gegen den Mißbrauch der Atomenergie gegründet. Zu den Aufgaben der IAEO gehört die weltweite Förderung der Atomenergie, sowie die Überwachung des NPT. Sie hat dafür zu sorgen, daß Kernspaltstoffe wie Plutonium oder angereichertes Uran nicht für militärische Zwecke genutzt werden. Entsprechende Kontrollen der IAEO sind jedoch wegen erheblicher Überwachungsmängel in den AkWs gar nicht möglich. So müssen die IAEO-Inspektoren sich z.B. Wochen vorher ankündigen und entsprechend programmierte Computer können den BetreiberInnen die richtigen, der IAEO jedoch falsche Informationen erteilen. Zusätzlich kann jedes Land ohne Angabe von Gründen Inspektoren ablehnen. Im Endeffekt werden die Kontrollen also von denen kontrolliert , die eigentlich kontrolliert werden sollen! Mensch kann sich also denken, daß spaltbares Material aus "zivilen" Anlagen zur Benutzung für militärische Zwecke leicht abzweigbar ist. Findet die IAEO trotz allem Widrigkeiten vor, so dürfen diese jedoch nicht international geahndet werden, sondern werden an die entsprechenden nationalen Behörden weitergegeben. Das jeweilige Land kann also je nach Interessenlage damit umgehen.
Die IAEO hat also in erster Linie eine

ideologische Funktion, um zum einen der Bevölkerung Vertrauen in ihre Kontrollen zu suggerieren und somit die Kritik an der militärischen Dimension der Atomenergie möglichst gering zu halten, zum anderen will sie auch für Vertrauen zwischen den einzelnen Staaten sorgen. So leistet die IAEO sowohl innenpolitisch , wie auch international unschätzbare psychologische Dienste.

Wie bei der IAEO spielen auch bei der Euratom die Sicherheitskontrollen eine untergeordnete Rolle, da Kernmaterial in erster Linie als wertvolles Wirtschaftsgut betrachtet wird, welches zur wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung des Landes beiträgt. Auch die Euratom wurde 1957 gegründet und bildet mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) die drei europäischen Gemeinschaften. Aufgabe der Euratom ist es, in der EU die zivile Nuklearwirtschaft zu kontrollieren und zu koordinieren, sowie die Kernforschung und -technik zu fördern. In der Euratom gibt es keine Klausel, die eine militärische Nutzung von atomarem Material untersagt. Somit ist sie für die einzelnen Staaten noch bedeutungsloser als die IAEO. Aus diesem Grunde sprach sich z.B. die BRD dafür aus, die Euratom als alleiniges Kontrollorgan einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß Kernspaltungsprozesse auch nicht durch Kontrollen, Verträge oder Energiekonsensgespräche vor militärischem Mißbrauch sicher oder unbedenklich sind. Schon von Anfang an stand die Entwicklung der Atomenergie in engem Zusammenhang mit den Möglichkeiten ihrer militärischen Verwendbarkeit, um mit ihrer Hilfe Machtinteressen bzw. wirtschaftliche Positionen zu festigen.

Quellen:
- Zeitschr.: Antiatom aktuell
- Broschüre: Europa in 100 Stichworten

Über die verschwiegene "nukleare Teilhabe" der BRD im Rahmen der NATO

Die Unterzeichnung des NPT-Vertrages vom 12.5.95 seitens der BRD läßt die Atomwaffenfrage in der Öffentlichkeit weniger brisant erscheinen. Jedoch dieser Schein trügt. So sprechen z.B. einige Fakten bezüglich der konzeptionellen Leitlinien zur Weiterentwicklung der Bundeswehr (KL) von 1994 dagegen. Diese beinhalten eine "nukleare Teilhabe" der BRD im Rahmen der NATO zu Verteidigungszwecken. So werden in der Bundesluftwaffe diverse Waffensysteme, wie z.B. Atomwaffen als fliegende Verbände (Starfighter-Staffeln), Flugkörperverbände (Pershing-1-Raketen) oder Flugabwehrraketen (Nike), die atomare Sprengkörper tragen können, als Trägersysteme für die NATO bereitgehalten.

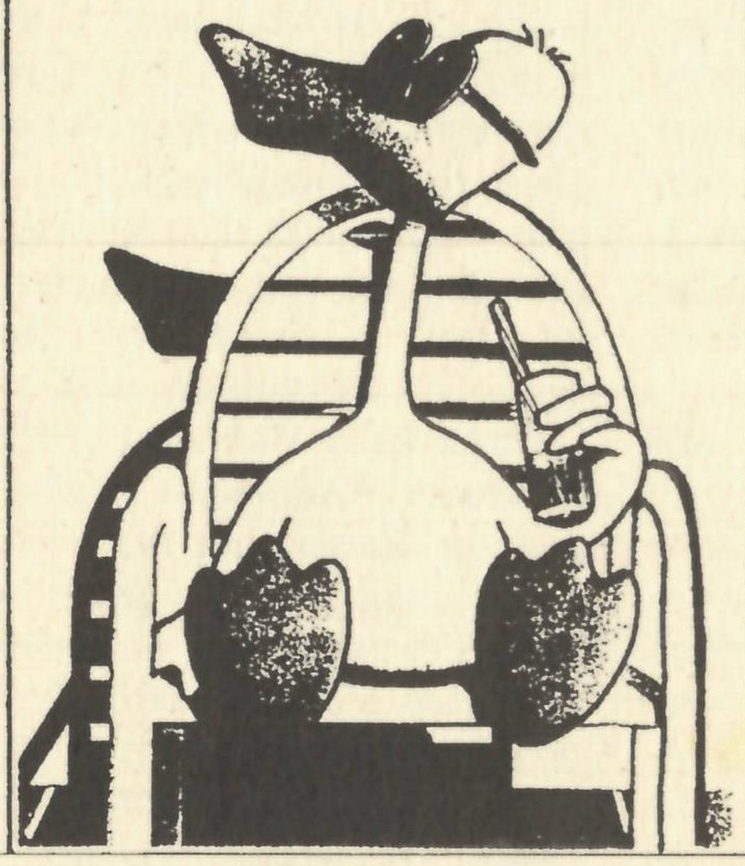
Diese "nukleare Teilhabe steht jedoch im Widerspruch zu den Richtlinien des NPT-Vertrages, die den kernwaffenfreien Staaten verbieten, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von anderen Staaten anzunehmen, geschweige denn, solche Waffen herzustellen oder zu deren Herstellung beizutragen. Durch verschiedene Interpretationserklärungen seitens der USA sollte dieser Widerspruch umgangen werden. In einer dieser Erklärungen geht es z.B. um den sog. Kriegsvorbehalt, in dem es heißt, daß der NPT-Vertrag nicht die Verschiebung von Kernwaffen auf alliiertem Hoheitsgebiet behandele. Außerdem verliere der NPT-Vertrag im Kriegsfall seine Gültigkeit. Abgesehen von der Willkür in Bezug auf die Festlegung des Kriegseintritts wird hier auch deutlich, daß die BRD in diesem Fall den Status einer Atommacht besäße.

(gekürzt aus FR vom 29.1.96)

Für die Abschaltung aller Atomanlagen und der herrschenden Klasse

radikal★ hört nie auf!

WIDERSTAND
IST NIE UMSONST!



A:
OFFSPRING: What Happened To You? 🎵 L7: Fuel My Fire 🎵 FILTER: Hey Man, Nice Shot! 🎵 SENSER: Age Of Panic 🎵 P. J. HARVEY: Down By The Water 🎵 GARBAGE: Queer 🎵 FOO FIGHTERS: This Is A Call 🎵 LEMONBABIES: Nothing I Can Do 🎵 CHUMBAWUMBA: This Dress Kills 🎵 GUTS PIE EARSHOT: Isolated 🎵 TRIBE 8: Manipulate 🎵 BJÖRK: Army Of Lovers

B:
MUTABARUKA: Set The Prisoners Free 🎵 DREAD ZONE: Fight The Power 🎵 RADICAL DANCE FACTION: Rogue Trooper 🎵 ARRESTED DEVELOPEMENT: Revolution 🎵 REBEL MC: The Government Fail 🎵 THE EX & BRADER: Xeftano 🎵 CHICO SCIENCE & N. ZUMBI: Banditismo 🎵 LA POLLA RECORDS: Radio Crimen 🎵 JELLO BIAFRA & MOJO NIXON: Will The Fetus Be Aborted 🎵 DRITTE WAHL: Bad K. 🎵 DÖDELHAIE: Radikal

Am 13.6. ordnete die Bundesanwaltschaft ein Schlag gegen linke Strukturen (Projekte und Einzelpersonen) an. Begründet wird diese Aktion mit Ermittlungen wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft von AIZ, K.O.M.I.T.E.E., RAF und der Zeitschrift Radikal. Das Ergebnis ist derzeit: vier Menschen in Untersuchungshaft, einmal 5 Monate Beugehaft gegen einen Menschen aus Bremen, weitere Ermittlungsverfahren und 7 untergetauchte Leute. Von uns steht dem entgegen: eine große Portion Solidarität, die eure Mitarbeit und auch 'ne Menge Geld braucht.
Städteübergreifend gibt es ein bundesweites Konto ausschließlich für überregionale Belange. Und zwar:

Rote Hilfe
Berliner Bank
BLZ 100 200 00

Kto.Nr. 719 00 756

Für die lokale Informations- und Unterstützungsarbeit nutzt die umseitig folgenden Adressen und Kontonummern:

→

P.S. Viel Vergnügen beim Hören und Abtanzen

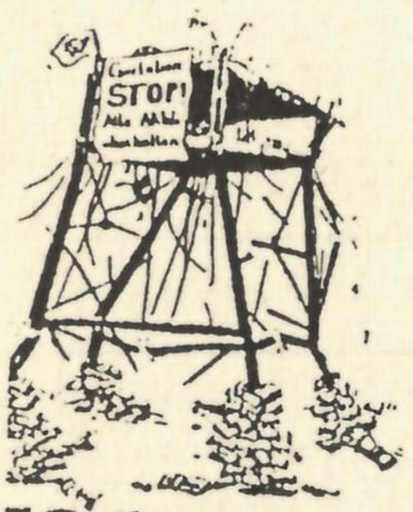
Jetzt wieder zu kriegen: Spitzen-Klasse-Soli-Tape

für 10 Mark, davon sechsmarkfünfzig Solibeitrag! Im Alhambra!

VORANKÜNDIGUNG:
-BUCHPROJEKT-
zum Thema **ENDLAGER**

Am 3. Mai 1995 hat die zweite Zivilkammer am Landgericht Lüneburg vierzehn TurmbesetzerInnen zu 126.901,10DM Schadensersatzzahlung verurteilt - an das **Bundesamt für Strahlenschutz.**

In dem Prozeß geht es um den Versuch, Widerstand über eine massive finanzielle Bedrohung klein zu kriegen. Im Juni 90 besetzten wir die Türme der gorlebener Atomkloschächte. Nach 10 Jahren Alibibohrerei sollte Schluß sein mit der Entsorgungslüge für den radioaktiven Müll aus den AKW´s. Die Buddelarbeiten wurden für einige Stunden unterbrochen. Um die demonstrationsbedingte Ausfallzeit als Schadensersatz einzutreiben, schickten die Atomgiftproduzenten das Bundesamt für Strahlenschutz gegen uns vor Gericht.



Das Lüneburger Gericht erklärt die Forderung in voller Höhe für gerechtfertigt. In der Urteilsbegründung, die im Prinzip nur die Argumente der klagenden Atommafia wiederholt, findet sich der aufschlußreiche Satz **„...daß eine sonst bestehende Lücke im Unternehmensschutz geschlossen werden soll“**. Es gehört schon eine gehörige Lücke im demokratischen Denken dazu, auf eine „Lücke im Unternehmensschutz“ zu schließen, wenn sich Menschen durch die Atomkraft derart bedroht fühlen, daß ihr Widerstand die Geschäfte der Unternehmen stört.

Gegen das Urteil haben wir beim Oberlandesgericht Celle Berufung eingelegt. Für uns hat dieses Vorgehens des Staates, Widerstand mit Schadensersatzklagen mundtot zu machen, eine so große persönliche und politische Bedeutung, daß wir gegebenenfalls auch den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht anrufen werden.

Wir, die direkt betroffenen der „Schadens“-ersatzklage über 126.901,10 DM + Zinseszins, arbeiten an einem Buch, daß inhaltlich nicht nur an die in unserer unter Zeitdruck entstandenen Dokumentation angerissenen Hintergründe und Probleme des Endlagerdebakels der AtomikerInnen anknüpfen soll. Auch die Backstage hinter den Kulissen wollen wir intensiver ausleuchten. Dazu haben wir folgende Schwerpunkte gesetzt:

vorläufiges Inhaltsverzeichnis:

Kapitel 1 : **Die sogenannte Atommüllentsorgung**
Das Nadelöhr Gorleben - Andernorts - Politische Rahmenbedingungen - Wissenschaftliches zur Endlagerung - Zwischenlager als Endlager- Standortdebatte (Ausland?) - Endlagervorausleistungsverordnung

Kapitel 2 : **Der Filz**
Firmenbeteiligungen - Verknüpfung zwischen Vorständen, Aufsichtsräten und anderen Personen - PolitikerInnen in Vorständen und Aufsichtsräten - Behörden, BFS, GutachterInnen, TÜV etc. - Wer sagt was und warum - Gorlebengelder

Kapitel 3 : **Recht**
Turmprozeß...unsere Einschätzung - Turmprozeß... Die Einschätzung unserer AnwältInnen - Demonstrationsrecht und Schadensersatzklagen - Demonstationsverbote durch den Oberkreisdirektor und die aktuelle Castor-Schadensliste - Aktionen und Repression

Kapitel 4 : **Zusammenhänge**
Connections international - Militärischer Komplex - Soziologie, strategischer Rahmenplan

Kapitel 5: **Gorleben**
Chronologie - Fast 20 Jahre Widerstand - Schlußbetrachtung - Fonds für Prozeßkosten

Diese Vorankündigung veröffentlichen wir

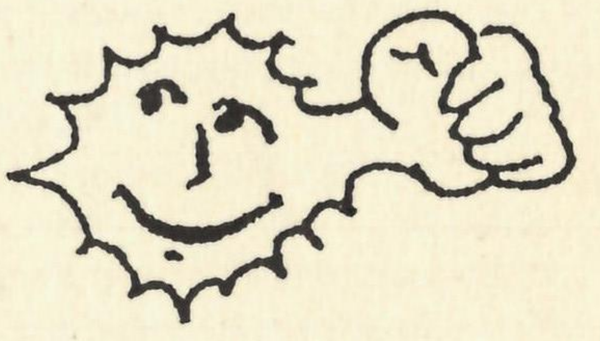
- um Kontakt zu knüpfen zu Menschen, die auch gerade an diesen Themen arbeiten und Informationsaustausch wollen.
- um uns auch an dieser Stelle für Eure vielfältige Solidarität zu bedanken.
- um zu zeigen, daß wir (nicht nur) innerhalb des Prozesses weiterhin eine offensive Position ein- nehmen und der Versuch, uns durch finanzielle Existenzbedrohung einzuschüchtern, nicht aufgeht.

Für Infos, Beiträge und andere Unterstützung wendet Euch bitte an die „Redaktionsgruppe“ der

TurmbesetzerInnen
c/o Rondel
29439 Lüchow

Da wir, wie sollte es auch anders sein, gleich wieder unter Zeitdruck stehen, müßte die Kontaktaufnahme möglichst bald erfolgen, wenn sie für das Buch von Interesse ist. Wir gehen von einem „Redaktionsschluß“ zum 1.Mai und einem Erscheinen des Buches im Herbst 96 aus.

Unsere Dokumentation “Wer sich nicht fügen will, muß zahlen?“ könnt Ihr weiterhin bestellen (bei obiger Adresse):
1 Exemplar 5 DM, fünf Exemplare für 15 DM, zuzüglich Porto.



Kurdistan • aktuell • Hintergrund • Einschätzung

Weiterhin Bemühungen für einen Nationalkongreß

Die PKK ist nachwievor sehr daran interessiert, ein Gremium ins Leben zu rufen, von dem die gesamte Bevölkerung Kurdistans vertreten wird. Das geht aus einer Stellungnahme des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, hervor. Nach diesen Ausführungen geht es nicht darum, unterschiedliche politische Interessen unter die Zielvorstellungen einer Partei zu zwingen, wie es der PKK bei allen ähnlichen Bemühungen, zuletzt zum Exilparlament, vorgeworfen wurde.

Es ist letztlich nichts anderes als der Ansatz, der dem Parlament jeder bürgerlichen Demokratie zugrunde liegt: Die politischen Kräfte sollen proportional zu ihrer Unterstützung aus der Bevölkerung vertreten sein und es gibt gewisse Grundsätze, die von allen eingehalten werden müssen. Danach ist es z.B. unmöglich, daß eine Partei im Nationalkongreß vertreten ist, während sie gleichzeitig mit einer der Kolonialmächte Kurdistans militärische Operationen gegen eine andere kurdische Partei unternimmt. Dem liegt ganz klar der Gedanke nationalstaatlicher Abgrenzung zugrunde. Aber erstens muß das auch aus linker Sicht wegen der kolonialisierten Situation Kurdistans als legitim anerkannt werden, unabhängig davon wieviel sozialistische Gesellschaftsutopien irgendwelcher Metropolenlinken in diesem konkreten Schritt verwirklicht sind. Und zweitens ist die Formulierung eines Mehrheitsprinzips und verbindlicher Grundsätze für alle etwas, was gerade von bürgerlicher Seite in keinster Weise kritisierbar ist. Stellt doch in der BRD das Vorhaben einer bestimmten verbalen Kritik an diesem Staat schon ein Verbrechen dar, geschweige denn, daß es auf die Ebene einer parlamentarischen Vertretung gelangen könnte oder ein militärisches Vorgehen gegen diesen Staat durchführen dürfte.

Die andauernden Schwierigkeiten bei der Konstituierung eines solchen nationalen Gremiums haben daher auch eher einen westlichen Ursprung, als daß sie auf die rassistisch sprichwörtliche Uneinigkeit der KurdInnen zurückzuführen sind. Polizeistaatlich durchgesetzte Verbote von Veranstaltungen und Demonstrationen, Angriffe auf Wahlveranstaltungen hier, die Kriminalisierung und Inhaftierung von gewählten ExilparlamentarierInnen in der BRD, die Nichtanerkennung des Exilparlaments bis hin zur diplomatischen Intervention gegen seine Existenz, die Vertuschung sämtlicher Wahlfälschungen in der Türkei usw. dienen letztlich nichts anderem, als jeden nur irgendwie gearteten Eindruck einer demokratisch legitimierten kurdischen Willensbekundung gegen den Kolonialstatus und für Unabhängigkeit zu unterbinden. Und zum Versuch der Unterbindung solch einer Willensbekundung gehört es auch, daß derzeit auf die PUK Druck ausgeübt wird, ihre Gespräche und Kontakte zur PKK abzubrechen. Wenn diese Rechnung aufgeht war mit Sicherheit nicht die kurdische Veranlagung Talabanis, die es unmöglich macht, sich mit dem Vorsitzenden einer anderen kurdischen Partei zu einigen die Ursache, sondern ganz allgemein weltliche Interessensgegensätze, die zu einem sehr wesentlichen Teil von der BRD erzeugt und verstärkt werden.

Neues PKK-Symbol, beschlossen auf dem 5. Parteikongreß im Januar 95

Türkei

Noch ein paar **Nachträge zur „Wahl"** vom Dezember in der Türkei:

★ Am 23.01. führten die in Kurdistan mit Mehrheit gewählten, aber an der türkeiweiten 10%-Hürde gescheiterten Abgeordneten die erste Versammlung einer **„alternativen Volksvertretung"** in Diyarbakir durch. Es gab eine begeisterte Teilnahme aus der Bevölkerung.

★ Aus mehreren Dörfern gibt es die Meldung, daß Militär mit den üblichen, ernstzunehmenden Drohungen und der Forderung aufgetaucht sei, **Listen der Leute** zu erstellen, die **die HADEP gewählt** haben.

★ Mittlerweile ermittelt das Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir gegen Personen, die im **Wahlkampf** für die Listenverbindung der HADEP aufgetreten sind, um ihnen diesbezüglich „Straftaten" anzuhängen.

Die **Koalitionsverhandlungen** haben mittlerweile eine neue Variante hervorgebracht. Der zur Zeit mit der Regierungsbildung beauftragte ANAP-Vorsitzende Yilmaz hat sehr weit fortgeschrittene Vereinbarungen mit der fundamentalistisch orientierten Refah-Partei Erbakans getroffen. Neben der Einigung über den Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten, sollten Innen- und Erziehungsminsterium von Refah und das Wirtschafts- und Außenministerium von ANAP besetzt werden. Doch mittlerweile gibt es auch darüber wieder Uneinigkeit und zudem die Möglichkeit, daß bei der entscheidenden Abstimmung im Parlament nicht alle ANAP-Abgeordneten zustimmen werden. Die ANAP hatte nämlich mit der klaren Absage an jegliche Koalition mit Refah Wahlkampf gemacht. Für den Fall eines Scheiterns der Koalitionsverhandlungen bis zu Newroz (!), hat Staatspräsident Demirel jedenfalls Neuwahlen angekündigt. Es ist deshalb nachwievor eine sehr plausible Interpretation, daß das Nichtzustandekommen einer Regierungsbildung wesentlich dazu dient, den einseitigen Waffenstillstand der PKK und die Aufforderung zu Verhandlungen ignorieren zu können. (Letzte Meldung: Auch diese Koalitionsverhandlungen von Yilmaz sind gescheitert)

Ein erneuter **Einmarsch der türkischen Armee** nach Südkurdistan (Nordirak) wird befürchtet, da die türkische Armee an der Grenze zum Irak umfangreich Truppen zusammenzieht.

Zu einem aktuellen Auseinandersetzungspunkt entwickelt sich derzeit wieder die **Wasserfrage zwischen der Türkei einerseits und Syrien und Irak** anderseits. Am 12.12. berichtete die *junge welt*, das ein Firmenkonsortium unter Leitung des BRD-Baukonzerns Phillip Holzmann den Zuschlag für einen 2,3 Milliarden DM-Auftrag beim Bau des Atatürk-Staudamms erhalten hat. Mittlerweile verhandeln Syrien und Irak über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Aufstauung des Euphrat und Tigris durch die Türkei und die Wasserverschmutzung durch türkische Landwirtschaft. Auch die Arabische Liga hat sich zu Wort gemeldet und der Türkei vorgeworfen, das lebensnotwendige Wasser als politische Waffe zu benutzen. Durch eine Aufforderung der Türkei an Syrien, für Wasser und gute Beziehungen den Vor-

sitzenden der PKK, Öcalan, auszuliefern wird diese alte Konfrontationslinie unterstrichen.

Verschärfung der Konflikte zwischen Türkei und Griechenland

Ende Januar standen die Türkei und Griechenland kurz vor einer militärischen Auseinandersetzung, bei der es um die Hoheit über ein paar Inseln in der Ägäis ging, unter denen Ölvorkommen liegen. Nachdem beide Seiten nach einer US-Intervention ihre Streitkräfte zurückzogen, wurde der Konflikt dennoch weiter forciert: Während Ciller Anspruch auf 1000 bzw. 3000 zu Grichenland gehörige Inseln in der Ägäis stellte (so genau weiß sie es wohl selber nicht), setzt Griechenland all seine Möglichkeiten ein, den weiteren Vollzug der Zollunion zwischen der EU und der Türkei zu blockieren. Konkret geht es dabei um ein noch nicht gebilligtes Finanzprotokoll über 700 Millionen DM, Darlehen der Europäischen Investitionsbank und Mittel im Rahmen des EU-Mittelmeer-Programms (ca. 8,5 Mrd. DM). Der Großteil dieser Gelder hängt von einem einstimmigen Beschluß in der EU ab, womit Griechenland eine Veto-Möglichkeit hat. Für die Türkei sind diese Gelder selbstverständlich von großer Bedeutung. Durch die Zollunion verliert sie nämlich zunächst umgerechnet ca. 4 Mrd. DM an Steuereinnahmen. Hinzu kommt die ohnehin prekäre Haushalts- und Wirtschaftssituation. Auf einer Rundreise des griechischen Ministerpräsidenten Simitis durch Brüssel, Bonn und Paris erhielt er eher Unterstützung für Griechenlands Position. Die Entscheidung der EU- und NATO-Staaten gegenüber ihrem Kriegspartner Türkei in letzter Konsequenz kann aber dennoch gegenteilig aussehen, wie das Beispiel Zyperns zeigt.

Türkische Polizeiausbildung in der BRD

Die türkische Polizei soll in der BRD in „Verhörmethoden" und „Kontrolle verbotener Demonstrationen" ausgebildet werden. Ein Teil dieses Ausbildungsprogramms soll in der BRD, ein anderer in der Türkei stattfinden. Der Termin ist nicht bekannt geworden. Die türkische Polizeiführung steht auch mit London in Verhandlungen über eine Ausbildung zum Thema „Terrorismusbekämpfung". (nach: *Biji*; *Özgür Politica* 29.01.96)

Repression in Niedersachsen

Nach einem Haftprüfungstermin sind von den am 18.01. in Hannover festgenommenen Kurden zwei wieder freigelassen worden. Gegen sie wird aber weiterhin wegen „Beihilfe zur Brandstiftung" ermittelt und die Auflagen ihrer Haftentlassung sind äußerst drastisch: Ständiges Melden bei der Polizei, Verbot des Verlassens des Stadtgebietes und gleichzeitig Verbot, sich in die Nähe des kurdischen Vereins zu begeben.

Nach den Festnahmen und Hausdurchsuchungen holte das LKA Niedersachsen am 30.01 zu einem weiteren Schlag aus. Mit einem Großaufgebot wurden Zeitschriften, Broschüren, Fahnen u.ä. aus einem Keller des hannoveraner Kulturzentrums FAUST beschlagnahmt. Das Material wurde in eine Kaserne gebracht, wo es gesichtet und später vernichtet werden soll. Die Lokalmedien standen wieder Gewehr bei Fuß in der öffentlichen Darstellung dieses Überfalls als eines großen Schlages gegen das terroristische Ungeheuer PKK in Niedersachsen.

Propagandistische Vorbereitung auf Newroz

Bundeseinheitlich ist derzeit der Staatsschutz mit all seinen Organen am Werk, die Außerkraftsetzung jeglicher demokratischer Grundrechte in Bezug auf das Thema Kurdistan vorzubereiten. Es werden gezielte Falsch- und Horrormeldungen über einen kurdischen Großangriff auf die BRD verbreitet, Überfälle auf kurdische Strukturen, verbote und Festnahmen als notwendige Schutzmaßnahmen gegen diese angebliche Bedrohung dargestellt und selbst die harmlosesten Demonstrations- und Kundgebungsversuche mit polizeilichen Großaufgeboten niedergemacht. Diese Maßnahmen sind in ihrem Ausmaß und ihrer brutalen Durchführung aber viel eher geeignet das erst zu provozieren, wovor gewarnt wird.

Insgesamt bewertet geht es zur Zeit aber nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen der BRD und kurdischen Strukturen. Angesichts einer ganzen Reihe von **Ansätzen** gewerkschaftlicher, bürgerlicher und liberaler Parteinahmen für eine politische, statt militärische Reaktion auf den kurdischen Befreiungskampf, stellt diese massive Terrorismuspropaganda auch den Versuch der Einschüchterung jedes solchen Ansatzes von Solidarität dar. Dieses Mittel wird nicht das erste Mal angewendet und es ist in der Vergangenheit auch erfolgreich angewendet worden. In der jüngsten Ausgabe des *Kurdistan-Reports* vertritt Hans Branscheidt von *medico international* diesbezüglich eine eher pessimistische Prognose.

Anton, AK "Keinen Fußbreit den FaschistInnen"

Prozeß gegen Kurdinnen und Kurden vor dem OLG in Hamburg

Am 20. März 1996 beginnt vor dem OLG Hamburg ein §129a-Verfahren gegen die Kurdinnen Azime Yilmaz und Meryem Yagicibulut und den Kurden Sait Bilgin. Sie wurden Ende 1994 in Bremen verhaftet und ihnen wird von der BAW „Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" vorgeworfen. Die Kurdistan-Solidarität Hamburg ruft zu einer Kundgebung zu Prozeßbeginn vor dem Gerichtsgebäude in Hamburg auf. Der Prozeß wird um 9.30 Uhr beginnen. Da wie bei allen Staatsschutzprozessen mit langen Einlaßzeiten zu rechnen ist und der Saal nur ca. 40 Sitzplätze hat, soll die Zeit vor dem Gerichtsgebäude für eine Kundgebung genutzt werden, um die Öffentlichkeit über den Prozeß zu informieren.

Mi 20. März, ab 8.30 Uhr, Kundgebung vor dem OLG Hamburg

Diejenigen, die hinfahren wollen, treffen sich zur Absprache am Montag, 18. März im Antifa-Café

„Lachende Krähen"

[...]

Die inzwischen über 20 Angeklagten sind bundesweit über die für §129a-Gefangene ausgerüsteten Knäste verteilt, was nicht nur den Kontakt zu ihren Angehörigen, FreundInnen und AnwältInnen erschwert, der Austausch untereinander wird derzeit durch nahezu lückenlose Beschlagnahmung von Briefen unterbunden. Die zur Zeit in Bielefeld inhaftierte und im Dezember 94 in Bremen verhaftete Azime Yilmaz schreibt dazu: „In solchen Orten, also in Gefängnissen können wir ihre kalte Visage besser erkennen. Sie werden uns, indem sie uns in Isolationszellen stecken, nicht von unserem Weg abbringen. Sie können uns nicht demoralisieren. Sie sind so primitiv, daß sie unsere Kleidung zu ihrem Problem machen. Sie sind so blöd, daß unsere Brief beschlagnahmt werden. Sie sollen wissen, daß das was sie uns antuen, jedoch genau das Gegenteil bewirkt, sie uns in unserem Widerstand und unserem Kampf bestärken. Unsere Praxis zeigt, daß wir nicht - wie sie uns darstellen wollen - grausam und agressiv sind. Wir sind es, die Menschen lieben und dafür mit Liebe für ein menschenwürdiges Leben kämpfen. Es kann sein, daß sie uns physisch gefangen halten. Doch werden sie nie unser Gehirn, unser Denken, unsere Standhaftigkeit gefangen nehmen können."

Im März wird gegen Azime, Sait und Meryem aus Bremen der Prozeß wegen vorgeworfener „Rädelsführerschaft, bzw. Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereineigung" vor dem OLG Hamburg beginnen, zudem die Gefangenen erneut verlegt werden. Die Strategie der BAW läßt darauf schließen, daß dieser Prozeß möglichst schnell und still durchgezogen werden soll. Ähnlich wie in Frankfurt sind mehrere Verhandlungstage pro Woche angesetzt, in denen sich das zum größten Teil auf Kronzeugenaussagen basierende Bild des terroristischen „Monsters", worauf schon die Haftbedingungen zugeschnitten wurden, in den Köpfen festsetzen soll. Eine kritische Betrachtung des Gesamtrahmens, in dem das Verfahren eingebettet ist und eine Auseinandersetzung mit den Gefangenen und ihren Gedanken ist unter der Prämisse einer zügigen, bundesdeutschen „Abarbeitung" nicht erwünscht.

Um die Gefangenen zu unterstützen und die hinter den Konstruktionen des Staatsschutzes stehenden Beweggründe zu erkennen, ist eine kontinuierliche Prozeßbegleitung notwendig. Diese sollte von den verschiedenen sozialen und gesellschaftlichen Gruppen getragen werden, die den Prozeß besuchen, an Kundgebungen und Veranstaltungen teilnehmen und ihre Eindrücke öffentlich machen. Dazu noch einmal Azime, die stellvertretend für die inhaftierten KurdInnen ihre Hoffnung auf den unvoreingenommenen Blick der demokratischen Öffentlichkeit beschreibt: „Die Verleumdung und das Verbot eines Volkes löst kein Problem, es bewirkt genau das Gegenteil. Sie schaffen die Unlösbarkeit und das ist es, was sie heute erleben. An uns, dem kurdischen Volk, wird der größte Terror angewendet. Indem wir diesen Terror verurteilen, werden wir nach ihren Aussagen zu Terroristen. Darüber lachen die Krähen.

Ihr Verbot ist gescheitert. Durch den vitalen Widerstand unseres Volkes wurde es besiegt. Jetzt werden Kurden einzeln festgenommen, indem sie als Terroristen dargestellt werden, wird Demagogie betrieben, mit der sie sich nur selbst belügen können. Uns und unsere FreundInnen, demokratische und fortschrittliche Menschen, können sie nicht mit dieser Demagogie einnebeln."[...]

Post für die Gefangenen:

Schreibt ihnen auf türkisch/kurdisch, wenn deutsch, dann unbedingt mit Schreibmaschine!

Alle drei über: **OLG Hamburg, 3.Strafsenat, Vorsitzender Mentz, Sieveking-Platz 2, 20355 Hamburg.**

Auszüge aus einem Text der Prozeßgruppe Bremen zu diesem Verfahren
aus: *rechtshilfefonds informationen*, Hrsg. Informationsstelle Kurdistan (in Kürze auch im Info-Café)

Freiheit für Kurdistan!

Demoaufruf zum Internationalen Frauenlesbenkampftag

Für einen weltweiten revolutionären FrauenLesben-Befreiungskampf!

Am 8. März, dem internationalen Frauenkampftag, gehen Frauen und Lesben weltweit auf die Straße, um ihrem Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig werden durch ihre Forderungen und Ziele ihre Vorstellungen von einer Befreiung sichtbar.

In Asien, Afrika, Latein- und Südamerika organisierten Frauen im letzten Jahr am 8. März Aktionen gegen die kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen und deren Verschärfung durch die „neue Weltwirtschaftsordnung". Nach der Zerstörung der ehemals sozialistischen Staaten und dem damit verbundenen Wegfall des wirtschaftlichen und politischen Gegengewichts zu den kapitalistischen Staaten, begannen die Herrschenden mit einer „Neuaufteilung" der Welt. Mit der neuen Weltwirtschaftsordnung (WTO) wird in allen Ländern die Ausbeutung verschärft und die Profite der Reichen vermehrt. In den Ländern der sog. 3. Welt sind die Auswirkungen dieser verschärften Ausbeutungsbedingungen in besonderem Maße zu spüren. Für Frauen bedeutet dies eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen: Weltweit leisten Frauen 2/3 der gesellschaftlichen Arbeit, erhalten jedoch nur 1/20 des gesamten Einkommens.

Auch in der BRD sind die Folgen der veränderten Weltwirtschaftsbedingungen sichtbar: „soziale Errungenschaften" werden abgeschaft, die Arbeitslosenzahlen steigen, Flüchtlinge und Arbeitsmigrantinnen und -migranten stehen vor der verschlossenen Festung Europa (Asylgesetzgebung, Ausländergesetze, Schengener Abkommen). Frauen sind hiervon am stärksten betroffen. Die weltweite Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen zeigt sich auch in der zunehmenden physischen, psychischen und sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ursache hierfür ist das Patriarchat, das eine Jahrtausende alte Unterdrückungsstruktur ist und damit die Grundlage für die meisten bestehenden Gesellschaftsformen bildet.

Die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Industrienationen wurden immer schon mit Hilfe von militärischer Gewalt durchgesetzt, die von Wirtschaftsboykotten über Waffenlieferungen bis hin zu offenem Krieg reicht. Seit vergangenem Jahr „vertritt" die BRD wieder ihre Kapitalinteressen mit deutschen Militärverbänden (Somalia, Ex-Jugoslawien).

Die hier als „Friedensmissionen" bezeichneten Einsätze dienen der Kontrolle dieser Länder und der Festigung der eigenen wirtschaftlichen Macht.

Die BRD ist „Kriegspartei" im Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk. Um ihre eigenen Interessen im arabischen Raum durchzusetzen, unterstützt die BRD sowohl wirtschaftlich als auch militärisch das türkische Regime. Seit Jahrzehnten wehrt sich die kurdische Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans gegen die Unterdrückung durch den türkischen Staat. 1978 organisierte sich die Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK und nahm 1984 den bewaffneten Kampf auf. Kurdinnen und Kurden wehren sich gegen die Vertreibung aus ihren Dörfern, gegen das Verbot ihrer Kultur und ihrer Sprache, gegen Dorfzerstörungen, Verhaftungen, Folter, Vergewaltigung als Kriegswaffe und Mord. Sie kämpfen für eine soziale Befreiung und das Recht auf Selbstbestimmung.

Von Anfang an kämpfen kurdische Frauen in der Befreiungsbewegung. Sie kämpfen gegen die Unterdrückung durch den türkischen Staat und gleichzeitig gegen das Patriarchat. Frauen leisten Widerstand auf allen Ebenen - sie organisieren sich in einer eigenständigen Frauenorganisation und gründeten eine Frauenarmee; Frauen beteiligen sich an Aufständen, Demonstrationen, verbotenen Festen...

In diesem Kampf ist auch der bundesdeutsche Staat ihr Gegner: Seit Jahren ist die kurdische Befreiungsbewegung einer massiven Kriminalisierungkampagne und Medienhetze ausgesetzt. Einen vorläufigen Höhepunkt bilden das Verbot kurdischer Vereine und Organisationen im November 93 und die Ermordung Halim Deners beim Plakatieren. Regelmäßig werden Feste, wie beispielsweise Newroz, Informationsveranstaltungen und Kundgebungen verboten oder mit Hilfe der Polizei brutal auseinandergeschlagen - die meisten der politischen Gefangenen in Deutschland sind Kurdinnen und Kurden.

Die Ziele der kämpfenden Kurdinnen verbindet uns Frauen/Lesben weltweit mit ihnen im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Es ist ein gemeinsamer Kampf für eine Gesellschaft frei von Klassenherrschaft, frei von patriarchaler und rassistischer Gewalt. Auch wenn die Bedingungen für unsere Kämpfe sehr unterschiedlich sind, wollen wir gemeinsam kämpfen.

bundesweite Demonstration
9. März
11 Uhr
Treffpunkt: Josefshöhe
in Bonn

Wir rufen alle Frauen/Lesben auf, sich an der bundesweiten Demonstration zum internationalen Frauenkampftag zu beteiliigen.

★ Befreiung ist nur im Kampf um Befreiung möglich! ★

Internationalistisches Frauen/Lesben Komitee zum 8. März

Nachrichten aus Mexiko:

Verstärkte Polizei- und Militärpräsenz - Menschenrechtsverletzungen - Todesdrohungen und Angriffe gegen MitarbeiterInnen von verschiedenen Menschenrechtskomitees und sozialen/politischen Organisationen

In den letzten zwei Juniwochen 1995 besuchte Alfredo Castillo Romero vom Menschenrechtszentrum „Centro De Derechos Humanos Miguel Agustin Pro Juarez" aus Mexiko-City auf Einladung des „Dritte Welt" - Informationszentrum und Laden, Oldenburg. Zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zur Situation der Menschenrechte und zur aktuellen Situation in Mexiko kamen mehr als 100 Interessierte ins Alhambra. Weitere Veranstaltungen führte Alfredo in verschiedenen Städten durch.

Das „Centro Pro Juarez", so lautet die allgemein bekannte Abkürzung des Menschenrechtszentrums, ist eine der bekanntesten Organisationen, die sich in Mexiko für die Einhaltung der Menschenrechte und für eine Demokratisierung der mexikanischen Gesellschaft einsetzen. Zu den Arbeitsbereichen des „Centro Pro Juarez" gehören unter anderem:

★ die Unterstützung und Fortbildung lokaler Menschenrechtsgruppen,
★ die Erstellung und Veröffentlichung eines monatlichen Berichts über die Menschenrechtsverletzungen in Mexiko,
★ die Anklage von Menschenrechtsverletzungen und Unterstützung der Opfer,
★ die Betreuung und Rechtshilfe für inhaftierte angebliche Mitglieder der im Bundesstaat Chiapas aktiven Guerillabewegung „EZLN",
★ Präsenz im Chiapas, um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen.

Wir erhalten vom „Centro Pro" über E-Mail Berichte zur aktuellen Situation in Mexiko aus denen wir von jetzt an in der Alhambrazeitung berichten werden. Bei Interesse sind die Informationen im Original einzusehen.
Kontakt: "Dritte Welt" - Informationszentrum und Laden, Auguststr. 50, OL

In den letzten zwei Monaten erreichten uns drei Berichte:

1.

In dem Monatsbericht von Dezember '95 wird zum einen eine Analyse der neusten Entwicklungen in Mexiko vorgenommen und zum anderen von erneuten Angriffen gegen MitarbeiterInnen des Menschenrechtszentrums berichtet.
Der Bericht analysiert und beschreibt unter anderem die Reaktion der Regierung auf die ökonomische, politische und soziale Krise. Für die Regierung ist demnach die Lösung der sozialen Probleme in dem Ausbau des Polizei- und Militärapparates zu finden. Anstatt soziale Programme zu fördern, um der Krise und der damit ansteigenden Kriminalität zu begegnen, favorisiert z.B. der Innenminister des Bundestaates „Mexiko-City" David Garay Maldondo die Einführung der Todesstrafe.
Es hat sich nach der Analyse des „Centro Pro" gezeigt, daß die verstärkte Polizei- und Militärpräsenz die Kriminalitätsrate nicht gesenkt hat, sondern hauptsächlich dazu benutzt wurde, um soziale Protestbewegungen zu überwachen und einzuschüchtern. So wurde z.B. als im Dezember `95 die Metropreise um 150% angehoben worden sind, die Polizeipräsenz alleine in der Metro auf ca. 2500 PolizistInnen erhöht. Angeblich, um den BenutzerInnen dieses wichtigen öffentlichen Verkehrsmittels ihre Sicherheit zu gewährleisten.
Der Bericht geht weiter auf die anmaßenden und von Straffreiheit gekennzeichneten Handlungen der Polizei ein. Es wird von zwei Personen berichtet (ein Mitarbeiter und ein Freund des „Centro Pro"), die auf dem Weg nach Hause in dem Taxi, mit dem sie fuhren angehalten worden sind. Sie mußten den beiden bewaffneten Personen, die sich als Kriminalbeamte, ausgaben, ihre gesamten Papiere überlassen; wurden einzeln unter Schlägen zu ihren Tätigkeiten ausgefragt; mit den Pistolen an der Schläfe, im Mund und am Hals bedroht. Einer sollte vom Taxifahrer vergewaltigt werden. Als dieser sich weigerte, schlugen ihn die „Polizisten" und in dieser Situation konnten die zwei fliehen, wobei sie von ihren Aggressoren dreimal beschossen wurden. Glücklicherweise traf keine der Kugeln.
In Fällen wie diesen findet meistens keine Verfolgung der Täter durch die Polizei statt.
Der Bericht führt einige Beispiele an, wie der Polizeiapparat gegen soziale Bewegungen vorgeht. So wurden z.B. zwei Führer einer der stärksten sozialen Bewegungen in Mexiko (der Vertretung von KreditnehmerInnen „El Brazon") in dem Moment festgenommen, als sie in Verhandlungen mit der Regierung standen. In Chiapas wurde laut Bericht die Militärpräsenz in den letzten Monaten unter fadenscheinigen Vorwänden erhöht, was letztendlich zur Einschüchterung der Bevölkerung dient.

2.

Ein weiterer Bericht informiert über den Verlauf der Recherchen im Fall des Massakers vom 28. Juni '95 in Aguas Blancas, im Bundesstaat Guerrero. Bei dem Massaker wurden 17 Bauern und Bäuerinnen im Beisein von Funktionären der regionalen Regierung von Angehörigen der Polizei erschossen. Obwohl es eine Untersuchung gegeben hat und einigen PolizistInnen und PolitikerInnen strafrechtlich verfolgt werden, sind die wahren Verantwortlichen für dieses Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen worden und die weiteren Ermittlungen wurden und werden stark behindert. Es wird außerdem versucht den Fall schon jetzt als abgeschlossen darzustellen.
In diesem dem Bericht wird auf zehn Seiten auf die Fortschritte und Unregelmäßigkeiten bei der gerichtlichen Untersuchung der Leichen und bei der allgemeinen Untersuchung des Massakers, auf die Rolle und das Handeln der beteiligten PolitikerInnen und BeamtInnen, auf weitere Gewattätigkeiten im Zusammenhang mit dem Massaker und auf die verschiedenen mißachteten Rechte eingegangen.
In 16 Punkten werden die Forderungen der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen bzgl. der Aufklärung des Falles ausgeführt. In einem abschließenden Kapitel wird gefragt: *"Wer befahl das Massaker und warum wurde es durchgeführt?"*
Einige Schlüsselsätze dieses Kapitels sind: "Die Straffreiheit bedeckt weiterhin den Fall des Massakers, es gibt viele Fragen: 'Wer befahl das Massaker?' 'Was waren die Gründe?' 'Warum gibt es weiterhin so viele Unregelmäßigkeiten in dem Fall?'

'Warum haben die Bundesbehörden, die dafür zuständig sind die Gerechtigkeit zu verteidigen, den Fall nicht übernommen, was nicht nur für die Familien der Opfer von Interesse ist, sondern für die gesamte mexikanische Gesellschaft und die internationale Meinung?'
Es gibt noch viele Fragezeichen, die erhellt werden müssen, um nicht zu erlauben, daß von neuem dir Straffreiheit diejenigen deckt, die die Menschenrechte verletzen.
...
Wir fürchten, daß die letzten Festnahmen im Zusammenhang mit dem Fall von Aguas Blancas, auch wenn sie gerecht sind und einen Fortschritt in der Aufklärung des Falles bedeuten, nur ein spektakuläres Mittel sind, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, und um den Ex-Staatssekretär Rubén Robles und den Gouverneur Rubén Figuera von jeglicher Schuld freizusprechen. ..."

3.

In einem dritten Bericht werden 21 Fälle von Repressionen gegen MitarbeiterInnen von verschiedenen Menschenrechtskomitees und sozialen/politischen Organisationen chronologisch (Juni '95 bis Januar '96) aufgeführt.
Bei den genannten Repressionen handelt es sich um: telefonische Todesdrohungen, persönliche Einschüchterungen, Beschattungen, Androhungen von Entführungen oder Verschwindenlassen, Vergewaltigungen, tätliche Angriffe, Überwachungen von Privatwohnungen und Büros, Kameraüberwachungen, Abhören von Telefonen, Einbrüche, Diebstahl von Material und Geldern.

Zum Beispiel wird berichtet, daß es erneute Todesdrohungen gegen den Direktor des „Centro Pro", den Jesuiten David Fernandez, und gegen eine weitere Mitarbeiterin gegeben hat. David Fernandez wurde schon im August letzten Jahres telefonisch mit seiner Ermordung gedroht. Außerdem wurde ihm von einer „Scheinorganisation", die behauptet aus ehemaligen Jesuitenschülern zu bestehen, eine Diffamierungskampange angedroht, wenn er nicht bis zum 15. Januar dieses Jahres Mexiko verläßt.

Wir meinen, daß die in den Berichten enthaltenen Informationen einen Eindruck der aktuellen Situation in Mexiko geben. Die mexikanische Regierung hat es bis zur Erhebung der ZapatistInnen am 1. Januar '94 über Jahrzehnte hinweg geschafft in der sog. DEMOKRATURA nach außen das Bild einer Demokratie zu schaffen und konnte gleichzeitig nach innen repressiv gegen (sozial)kritische Personen und Organisationen vorgehen, der Mehrheit der Bevölkerung in der Verfassung zugesprochene Rechte verweigern und sich über Korruption und Wahlbetrug an der Macht halten, ohne, daß es zu bedeutenden internationalen Protesten kam.
Durch den Eintritt in das nordamerikanische Handelsbündnis NAFTA und die gleichzeitige aufsehenerregende Erhebung der ZapatistInnen wurde der krasse Gegensatz der mexikanischen Realität öffentlich gemacht. Von den Eliten wurde der Eintritt in die sog. "Erste Welt" gefeiert und im selben Augenblick fordern zehntausende von MexikanerInnen mit Waffengewalt vehement grundlegende Rechte ein, die ihnen seit Jahrhunderten verweigert werden. Aus den Berichten des „Centro Pro" geht offensichtlich hervor, daß die Beständigkeit der zapatistischen Bewegung, die nationale Resonanz auf die Forderungen der ZapatistInnen, die ökonomische Krise und die Machtkämpfe innerhalb der verschiedenen Fraktionen der Regierungspartei, dazu führen, daß die mexikanische Regierung nun immer offener repressiv agiert und Lösungen in verstärkter Polizei- und Militärpräsenz und jeglicher Form von Gewalt sucht.
Die DEMOKRATURA zeigt immer mehr ihr wahres Gesicht!
Wir rufen deshalb dazu auf, die vielen mexikanischen sozialen Bewegungen, die sich für eine demokratische Umwandlung der mexikanischen Gesellschaft einsetzen, durch das Ausüben von internationalem Druck und durch die Bekunndung internationaler Solidarität bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen.

Eine Möglichkeit zu handeln ist z.B. durch das Verschicken von Fax an verschiedene Zeitungen in Mexiko (z.B. „La Jornada" Senor Director Carlos Payán; México D.F., Fax.: 0052-5-521 27 63 oder 0052-5-512 26 71), die mexikanische Botschaft (Su Exelencia Embajador; Embajada de México, Bonn, Fax: 0228-2111 13) oder den Präsidenten von Mexiko (Su Exelencia Ernesto Zedillo, Presidente de México, Fax: 0052-5-515-5729), gegen die Verletzung der Menschenrechte in Mexiko zu protestieren (siehe Entwurf Protestfax).

Die Gemeinde *La Realidad* im Lakandonischen Urwald, eines der zapatistischen Widerstandszentren

Entwurf für ein Protestfax:

Absender und Datum

Senor Embajador/La Jornada/Presidente:

Hemos recibido información del „Centro De Derechos Humanos Miguel Agustin Pro Juarez, A.C.“, por mantener contacto directo con este grupo. En el informe se presenta un balance de las condiciones sociales, politicas y économicas en que se encuentra México, sobre todo enfocado hacia los derechos humanos.

En base a la información recibida manifestamos lo siguiente:

★ **No A LA VIOLENCIA** como medio de solicionar los problemas socio-économicos en que se encuentra la población como consecuencia de la crisis politica-économica.

★ **NO A UNA INTERVENCION MILITAR EN CHIAPAS !** Sí a una solución pacifista por el camino de la negociación.

★ **NO A LAS INTIMIDACIONES Y AMENAZAS** en contra de organismos y agrupaciones sociales, que buscan un camino dentro del marco legal para salir de la crisis. En particular protestamos contra las amenazas y intimidaciones que sufrieron integrantes del equipo del „Centro De Derechos Humanos Miguel Agustin Pro Juarez A.C.“.

★ **NO A LAS VIOLACIONES DE LOS DERECHOS HUMANOS**

Unterschrift/Stempel

Für eine Internationale der Hoffnung !!!

Die Zapatisten laden vom 27.Juli - 3.August zum **„Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus „** nach Chiapas ein. Um dieses vorzubereiten, sollen verschiedene kontinentale Treffen veranstaltet werden (vergl. „Land und Freiheit“ Nr.19).
Beim Bundestreffen der Mexikosolidaritätsgruppen vom 16.2 - 18.2 wurde der von den Zapatisten gemachte Vorschlag, das europäische Vorbereitungstreffen in Berlin abzuhalten, diskutiert. Folgendes ist dazu beschlossen worden:

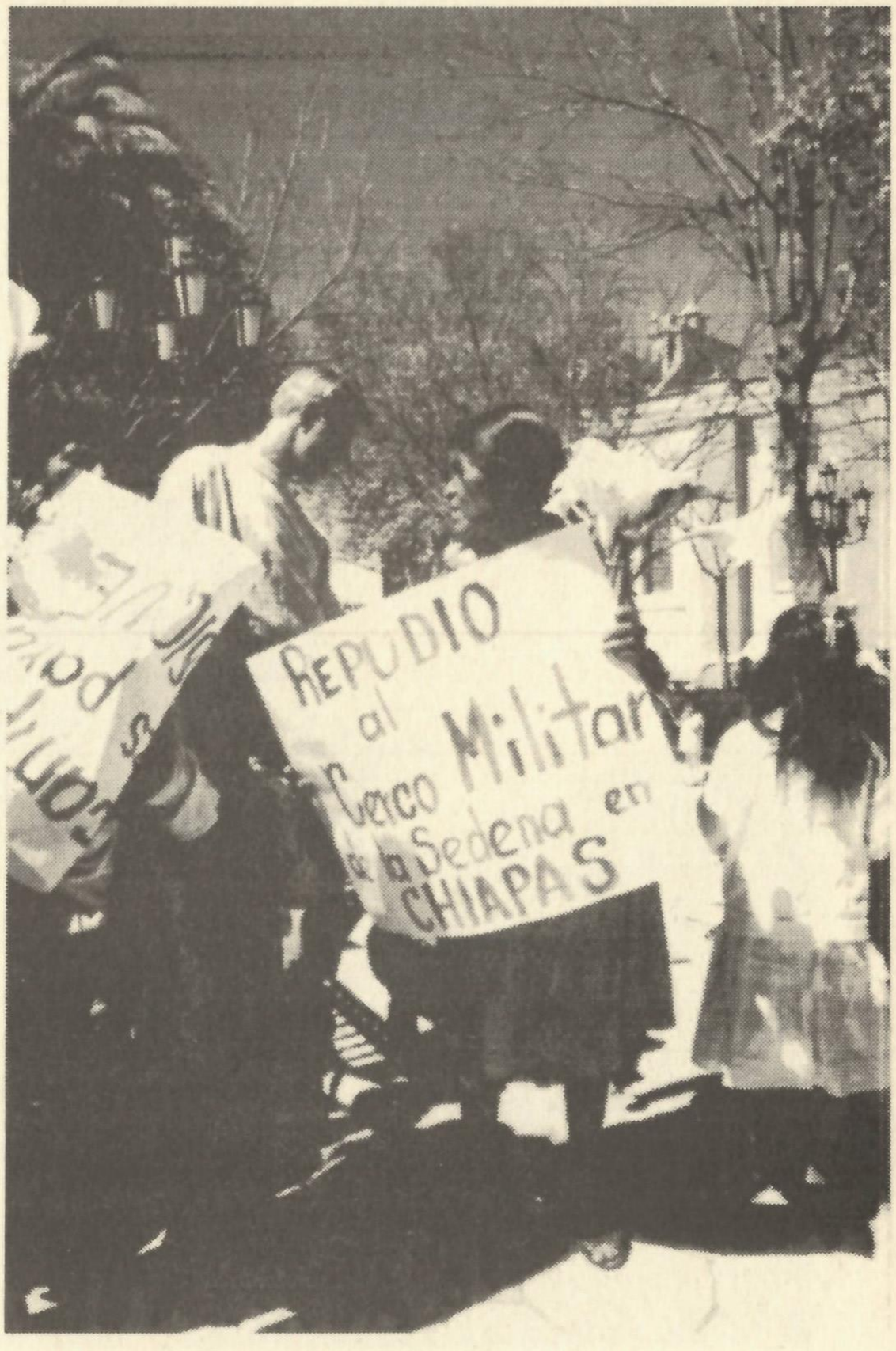
Das kontinentale Treffen kann in Berlin frühestens vom 16-19 Mai stattfinden.
In Berlin kann der organisatorische Teil des Treffens vorbereitet werden, es wird aber dringend europaweite Unterstützung gebraucht für
1. finanzielle Aufwendungen (vorallem um die Reisekosten von TeilnehmerInnen aus Ost- und Südeuropa umlegen zu können.)
2. DolmetscherInnen für die auf dem Treffen vertretenen Sprachen.

Inhaltlich sind alle europäischen Soligruppen aufgerufen, sich mit dem Thema *Neoliberalismus - Widerstand - Alternativen* auseinanderzusetzen und Gruppen und Menschen aus anderen politischen, kulturellen und sozialen Zusammenhängen anzusprechen.

Weiteres wird vom 24.2 - 26.2. in Lugano von allen europäischen Soligruppen diskutiert. Mehr dazu in der nächsten Alhambrazeitung und in der nächsten „Land und Freiheit“.

SAANJO / Oldenburg

(Eine Einladung der EZLN zum Interkontinentalen Treffen folgt auf der nächsten Seite)



ERSTE DEKLARATION VON LA REALIDAD

Gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit

„Ich bin schon gekommen,
ich bin hier schon anwesend,
ich, der Sänger.
Genießet die gute Stunde,
kommt alle hierher Euch vorzustellen,
die Ihr betrübten Herzens seid.
Ich erhebe mein Lied."
Náhuatl-Gedicht

An die Völker der Welt:

Brüder und Schwestern:
In den letzten Jahren hat sich die Macht des Geldes eine neue Maske über ihr kriminelles Gesicht gezogen. Über Grenzen hinweg, ohne Rücksicht auf Rassen und Hautfarben erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt sie die Ehrlichkeit und ermordet sie die Hoffnung. In „Neoliberalismus" hat sich das historische Verbrechen der Privilegien, Reichtümer und Straffreiheiten umbenannt, es demokratisiert jetzt das Elend und die Hoffnungslosigkeit.
Ein neuer Weltkrieg wird ausgetragen, aber jetzt gegen die gesamte Menschheit. Wie in allen Weltkriegen geht es um eine Neuverteilung der Welt.
Unter dem Namen der „Globalisierung" rufen sie zu diesem modernen Krieg, der mordet und vergißt. Die Neuverteilung der Welt besteht darin, die Macht in der Macht zu konzentrieren und das Elend im Elend.
Die Neuverteilung der Welt schließt die „Minderheiten" aus. Indígenas, Jugendliche, Frauen, Homosexuelle, Lesben, Farbige, ImmigrantInnen, ArbeiterInnen, Campesinos; die Mehrheiten, welche die weltweiten Keller bilden, stellen für die Macht entbehrliche Minderheiten dar. Die Neuverteilung der Welt schließt die Mehrheiten aus.
Das moderne Heer des Finanzkapitals und der korrupten Regierungen schreitet voran und erobert in der einzigen Art und Weise, in der es zu erobern weiß: durch Zerstörung. Die Neuverteilung der Welt zerstört die Menschheit.
Die Neuverteilung der Welt hat nur Platz für das Geld und seine Diener. Männer, Frauen und Maschinen werden gleichgesetzt in ihrer Knechtschaft und ihrer Entbehrlichkeit. Die Lüge herrscht und vervielfältigt sich in Medien und Erscheinungsformen.
Eine neue Lüge wird uns als Geschichte verkauft. Die Lüge der Niederlage der Hoffnung, die Lüge der Niederlage der Würde, die Lüge der Niederlage der Menschheit. Der Spiegel der Macht bietet uns zum Ausgleich: die Lüge des Sieges des Zynismus, die Lüge des Sieges der Unterwürfigkeit, die Lüge des Sieges des Neoliberalismus. Statt Menschheit bieten sie uns Börsenkurse, statt Würde bieten sie uns die Globalisierung des Elends, statt Hoffnung bieten sie uns die Leere, statt Leben bieten sie uns die Internationale des Schreckens. Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung erheben. Die Einheit, jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken, all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist.
Die Internationale der Hoffnung. Nicht die Bürokratie der Hoffnung, nicht die Kehrseite, die dadurch dem so ähnlich ist, das uns zerstört. Nicht die Macht mit neuem Zeichen, in neuen Kostümen. Ein Atemzug, ja, ein Atemzug der Würde. Eine Blume, ja, eine Blume der Hoffnung. Ein Lied, ja, ein Lied des Lebens.
Die Würde ist jenes Vaterland ohne Nationalität, jener Regenbogen, der gleichzeitig eine Brücke ist, jenes Murmeln des Herzens, egal, wessen Blut es belebt, jene rebellische Ehrfurchtslosigkeit, die Grenzen, Zölle und Kriege verhöhnt.
Die Hoffnung ist jene Aufsässigkeit, die Konformismus und Niederlagen ablehnt.
Das Leben ist das, was sie uns schulden: das Recht, zu regieren und uns zu regieren, zu denken und handeln in einer Freiheit, die nicht über die Sklaverei anderer ausgeübt wird, das Recht, zu geben und zu nehmen, was gerecht ist.
Aus all diesen Gründen, und zusammen mit denen, die jenseits von Grenzen, Rassen und Hautfarben mit uns das Lied des Lebens, den Kampf gegen den Tod, die Blume der Hoffnung und den Atemzug der Würde teilen...

Richtet sich das Ejército Zapatista de Liberación Nacional

An alle die, die für die menschlichen Werte der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen.
An alle die, die sich darum bemühen, dem weltweiten Verbrechen namens „Neoliberalismus" zu wiederstehen, und danach streben, daß die Menschheit und die Hoffnung, besser zu werden, zu Synonymen der Zukunft werden.
An alle Individuen, Gruppen, Kollektive, Bewegungen, soziale, politische und Bürgerrechts-Organisationen, an alle Gewerkschaften, Nachbarschaftsorganisationen, Kooperativen, an alle vergangenen und zukünftigen Linken, Nicht-Regierungsorganisationen und Gruppen der Solidarität mit den Kämpfen der Völker der Welt, Banden, Stämme, Intellektuelle, Indígenas, Studierende, MusikerInnen, ArbeiterInnen, KünstlerInnen, LehrerInnen, Campesinos, Kulturinitiativen, Jugendbewegungen, alternative Medien, Umweltbewegte, Slumsiedler, Lesben, Homosexuelle, Feministinnen, PazifistInnen.
An alle Menschen ohne Haus, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Gesundheit, ohne Bildung, ohne Freiheit, ohne Ge-

David Lusmore Echave

rechtigkeit, ohne Unabhängigkeit, ohne Demokratie, ohne Frieden, ohne Vaterland, ohne Morgen.

An alle die, die gleich welcher Hautfarben, Rassen oder Grenzen die Hoffnung zu ihrer Waffe und ihrem Schild machen.

Und lädt sie ein zum

Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus,

das zwischen den Monaten April und August 1996 in den fünf Kontinenten nach folgendem Veranstaltungsprogramm stattfindet:

Erstens:
Kontinentale Vorbereitungsversammlungen im Monat April 1996 an folgenden Orten:

1. -Europäischer Kontinent: in Berlin, Deutschland.
2. -Amerikanischer Kontinent: in La Realidad, Mexico.
3. -Asiatischer Kontinent: in Tokio, Japan.
4. -Afrikanischer Kontinent: Ort steht noch nicht fest.
5. -Ozeanischer Kontinent: in Sidney, Australien.

ANMERKUNG.- Die kontinentalen Veranstaltungsorte können geändert werden, wenn die organisierenden Gruppen es so beschließen.

Zweitens:
Interkontinentales Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in den zapatistischen „Aguascalientes" in Chiapas, Mexico.

Mit den folgenden Grundsätzen:

THEMEN:

Arbeitsgruppe 1: Wirtschaftliche Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Arbeitsgruppe 2: Politische Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Arbeitsgruppe 3: Soziale Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Arbeitsgruppe 4: Kulturelle Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

ORGANISATION:

Die Vorbereitungsversammlungen in Europa, Asien, Afrika und Ozeanien werden von den Komitees der Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand, ihnen nahestehenden Organisationen und Gruppen von BürgerInnen organisiert, die am Kampf gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit interessiert sind. Wir rufen die Gruppen aller Länder dazu auf, gemeinsam an der Organisierung und Durchführung der Vorbereitungsversammlungen mitzuwirken. Das Interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, das vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in Chiapas, Mexico, stattfindet, wird vom EZLN sowie von mexikanischen BürgerInnen und Nicht-Regierungsorganisationen organisiert, die rechtzeitig bekanntgegeben werden.

AKKREDITIERUNG:

Die Akkreditierungen für die Vorbereitungsversammlungen in den fünf Kontinenten werden von den entsprechenden Organisationskomitees vorgenommen, die sich dafür in Europa, Asien, Afrika, Ozeanien und Amerika bilden werden.

Die Akkreditierungen für das Treffen in Chiapas, Mexico, werden von den verschiedenen Komitees der Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand, mit dem chiapanekischen Volk und mit dem mexikanischen Volk in ihren jeweiligen Ländern vorgenommen; sowie in Mexico durch ein Organisationskomitee, deren Zusammensetzung rechtzeitig bekanntgegeben wird.

Allgemeine und interkontinentale Anmerkung: Alle nicht in diesem Aufruf vorgesehenen Details werden von den entsprechenden Organisationskomitees - was die kontinentalen Vorbereitungstreffen angeht - und - bezüglich des Treffens in Chiapas, Mexico - vom interkontinentalen Organisationskomitee entschieden.

Brüder und Schwestern:

Die Menschheit lebt in unserer aller Brust, und sie bevorzugt, wie unser Herz, die linke Seite. Wir müssen sie finden, wir müssen uns finden.

Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute.

Demokratie! Freiheit! Gerechtigkeit!

Aus den Bergen des
mexikanischen Südostens

Für das **Comité Clandestino Revolucionario Indigena - Comandancia General del Ejército Zapatista de Liberación Nacional,**

Subcomandante Insurgente Marcos

Mexico, im Januar 1996

(Übersetzung aus dem Spanischen: gd/Zapapres)

ZWEI JAHRE AUFSTAND IN CHIAPAS/MEXICO

DURITO

EZLN

EINE CHRONIK MIT BRIEFEN UND KOMUNIQUES DER ZAPATISTAS

Diese Broschüre gibt es seit Mitte Januar 96 und kostet drei Mark. Das Geld geht als Spende nach Chiapas. Sie setzt sich zusammen aus einer Chronik der letzten zwei Jahre und Kommuniqués und Briefen, u.a. über die Entwicklung der EZLN, den Beginn des Aufstandes, die Friedensverhandlungen, die Situation der Frauen, das revolutionäre Frauengesetz, die Solidaritätsarbeit in Mexiko, die internationale Befragung der EZLN und eine internationale Diskussion über die EZLN. Sie umfaßt ca. 40 Seiten und ist erhältlich bei

Viva Maria!, c/o Alhambra
Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg
Tel.: 0441/14402, Fax: 0441/2488660.

Presseerklärung des Partisan Defense Committee

Mumia Abu-Jamal legt Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania ein

Mumia

Neues von

Am 9. Februar legten die Rechtsanwälte von Mumia Abu-Jamal, der als politischer Gefangener in der Todeszelle sitzt, in seinem Namen Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania in Philadelphia ein. In der 119 Seiten langen Berufungsschrift werden 26 verfassungs- und verfahrensmäßige Fehler dokumentiert und Richter Sabos Ablehnung von Jamals Petition für ein neues Verfahren nach Pennsylvanias Post Conviction Relief Act (PCRA, Gesetz über Wiederaufnahme des Verfahrens) vom 15. September 1995 angefochten.

Jamal, früheres Führungsmitglied der Black Panther Party, MOVE-Unterstützer, preisgekrönter Journalist und mutiger Fürsprecher für die Unterdrückten, war zu Unrecht für die Tötung des Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia im Jahre 1981 schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden. Den Vorsitz über diesen abgekarteten Prozeß hatte Richter Albert Sabo, ein berüchtigter"Henker-Richter", der mehr Menschen zum Tode verurteilt hat, als jeder andere amtierende Richter in den USA (insgesamt 32, wovon alle außer zweien Minderheiten angehörten, die aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert werden).

Auf einer gutbesuchten Pressekonferenz, die nach Einreichung der Berufung stattfand, erklärte Jamals Hauptverteidiger Leonard Weinglass, daß „diese Papiere zeigen, daß Mumia niemals ein Verfahren hatte, das diesen Namen verdient. In diesen Unterlagen führen wir sehr sorgfältig aus, was sich bei seinem Verfahren ereignete, die Fakten über das, was bei der PCR-Anhörung letzten Sommer unter Richter Sabo geschah... Die Schlußfolgerung ist unausweichlich: **Mumia Abu-Jamal braucht ein neues Verfahren.**" Auf der Pressekonferenz sprachen auch Rachel Wolkenstein, ebenfalls eine Verteidigerin von Mumia und Rechtsanwältin des Partisan Defense Committee, Karl Baker von der American Civil Liberties Union (ACW), Pam Africa von den International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und Mumias Sohn Jamal.

Die PCRA-Anhörung begann vor Sabos Gericht am 26. Juli 1995, nur drei Wochen vor der angesetzten Hinrichtung von Jamal am 17. August. Dank der immer größer werdenden Publizität und dem internationalen Protestaufschrei wurde am 7. August ein Aufschub der Hinrichtung gewährt. Für Millionen rund um die Welt wurde Mumias Sache zur scharfen Waffe im Kampf gegen die barbarische, rassistische Todesstrafe.

Das Berufungsgesuch beschreibt, wie Sabo „seine Voreingenommenheit so offen und notorisch" durch die ganzen PCRA-Anhörungen zeigte, „daß sie zum Gegenstand eines öffentlichen Skandals wurde":

„Richter Sabo hetzte durch die Verhandlungen, um Jamals Bemühungen zu erschweren, alle Beweise vorzulegen, die sein verfassungsmäßiges Klagebegehren unterstützten. Wiederholt und ohne Berechtigung maßregelte der Richter Jamals Verteidiger, drohte routinemäßig mit Ordnungsstrafen, kerkerte schließlich eine Verteidigerin ein und belegte einen anderen Verteidiger mit einer Geldstrafe. Er unterdrückte auf Wunsch des Staates Vorladungen, die von den Verteidigern beantragt wurden... Praktisch jeder Einwand der Verteidigung wurde verworfen und jeder Einwand des Staates aufrechterhalten - Logik, Folgerichtigkeit und die Regeln der Beweisführung hatten keinerlei Bedeutung."

Das Berufungsgesuch weist auf „die Treue des Gerichts gegenüber der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft)" hin, wo Sabo, der 16 Jahre Hilfssheriff war, pensioniertes Mitglied ist, und stellt fest: „Das Gericht erlaubte dienstfreien FOP-Mitgliedern nicht nur im Gerichtssaal mit geladenen Waffen zu erscheinen, sondern ermutigte sie sogar dazu, mit der Begründung, daß die FOP hier ist, um mich zu beschützen." Außerdem war Sabos „Sympathie für die Staatsanwaltschaft nur die andere Seite derselben Medaille":

„In der Tat, seine Verbundenheit mit der Staatsanwaltschaft gipfelte in seiner 154 Seiten langen Entscheidung, die er schon drei Tage, nachdem er die Voruntersuchung an sich gezogen hatte, veröffentlichte. Genauso wie das Gericht im Laufe der ausgedehnten Anhörung jedem Antrag der Staatsanwaltschaft zustimmte, übernahm das Gericht praktisch wortgetreu die vorgeschlagenen Tatsachenfeststellungen und Schlußfolgerungen des Staates."

Wie Weinglass am 9. Februar gegenüber der Presse sagte, „Wenn das System gerecht und ehrlich wäre, wäre Richter Sabo kein amtierender Richter."

Das Berufungsgesuch räumt auf mit dem „Geständnis", das angeblich von Jamal gemacht wurde und ein zentrales Argument bei dem Komplott des Staates war. Die Zeugenaussage des Polizeibeamten Gary Wakshul während der PCR-Anhörung entlarvt diese Machenschaft. Wakshul war mit der Bewachung Jamals vom Zeitpunkt seiner Verhaftung bis zu seiner Behandlung im Krankenhaus wegen der gefährlichen Verletzung durch eine von Faulkner abgefeuerte Kugel beauftragt, und gleich danach berichtete er den Beamten der Mordkommission, daß Jamal „nichts gesagt habe". Die Geschichte von Jamals „Geständnis", anfangs nirgendwo vermerkt, wurde erst 64 Tage später aufgebracht, nach einem Vorbereitungstreffen mit den betroffenen Polizeibeamten am „Runden Tisch", durchgeführt von Staatsanwalt Joseph McGill. Zu Wakshuls

Zeugenaussage wird in der Berufungsschrift beschrieben, daß die Polizeibeamten aufgefordert wurden, „ihre Hand zu heben, wenn sie gehört haben", daß Jamal gestanden hat; „und Wakshul meldete sich" - ein klarer Widerspruch zu seinem früheren schriftlichen Bericht.
Während des „Verfahrens" 1982 behauptete die Anklage, daß Wakshul im Urlaub war und für eine Befragung nicht zur Verfügung stand. In der PCRA-Anhörung sagte Wakshul aus, daß er sehr wohl in Philadelphia geblieben und „nicht weggegangen war". Er sagte, daß er damit „einer Bitte nachkam, solange zu bleiben, wie Gerichtsverfahren laufen". Die Wichtigkeit von Wakshuls Aussage wird im Berufungsgesuch beschrieben: „Sein wahrer Wert als Zeuge beruhte darauf, was er den Geschworenen über die Redlichkeit der Staatsanwaltschaft als solcher offenbart hätte. Indem die Verteidigung aufzeigte, wie die Gesetzeshüter vorsätzlich Aussagen über ein Geständnis fabrizierten, um eine Verurteilung sicherzustellen, wollte sie ihre Feststellung untermauern, daß die Gesetzeshüter Augenzeugen überredeten und unter Druck setzten und die Indizienprüfung verfälschten."

Die Berufung unterstreicht auch die wichtige PCRA-Aussage von William Singletary, der jemand anderen als Mumia Faulkner niederschießen und danach vom Tatort fliehen sah. Die Bullen, die ihn sofort nach der Schießerei vernahmen, zerrissen wiederholt seine Aussagen, daß der geflohene Mann und nicht Jamal der Schütze war. Stunden später unterzeichnete Singeltary unter Drohungen von physischer Gewalt eine falsche Aussage, diktiert von einem Beamten namens Green, wo behauptet wurde, daß er die Schießerei nicht gesehen habe. Angesichts penetranter Belästigungen durch die Polizei und verdächtigem Vandalismus gegen die Tankstelle, die ihm gehörte, floh Singletary aus Philadelphia. Seine Zeugenaussage demonstrierte, wie die Staatsanwaltschaft Beweise von Jamals Unschuld unterdrückt hatte, was an sich schon Grund genug sein sollte, einen Schuldspruch unwirksam werden zu lassen - aber nicht in Sabos manipuliertem Gericht.

Gleichermaßen hebt das Berufungsgesuch hervor, daß die ballistischen Tests der Polizei und der Autopsiebericht verdächtig unvollständig waren. Hätte Jamal im Verfahren Gutachter bestellen können, würden diese festgestellt haben, daß es einfach keine ballistische Verbindung zwischen Jamals 38er Revolver und der Schießerei gab. Ein wichtiges Kugelfragment, notwendig zur akkuraten Feststellung des Kalibers des tödlichen Geschosses, wurde zerstört oder verschwand. Der mechanische Sachverständige stellte fest, daß der Bulle mit einer 44er Kugel erschossen wurde.

Eine andere Schlüsselkomponente der Berufung ist der Nachweis der totalen Inkompetenz von Jamals Pflichtverteidiger 1982, wodurch Jamals verfassungsmäßiges Recht auf eine juristische Vertretung verletzt wurde. Die Berufungsunterlagen beinhalten ebenfalls Aussagen von vielen anderen Zeugen, die Jamals Unschuld hätten bezeugen können. Diese Zeugen wurden aber entweder dem Pflichtverteidiger verschwiegen, durch Einschüchterung zum Schweigen oder durch Begünstigungen von der Staatsanwaltschaft dazu gebracht, ihre Augenzeugenberichte zu ändern.

Wie Rachel Wolkenstein auf der Pressekonferenz sagte: „Wir vertreten einen unschuldigen Mann, der seine Unschuld von Anfang an beteuert hat, der einem politisch motivierten und mit rassistischen Vorurteilen behafteten Verfahren ausgesetzt war, im ersten Prozeß, wie auch bei der Anhörung im letzten Sommer." Sie setzte fort: „Mumia hat ein Recht auf Freiheit."

SPENDEN!
Sonderkonto
Kampagne Abu-Jamal
Bank für Gemeinwirtschaft,
Filiale Bremen
Kto.Nr.: 100 587 7602
BLZ: 290 101 11

Am 9. Februar eingereichte Unterlagen („friend of the court"-brief) der Philadelphia Ortsgruppe der ACLU, der National Conference of Black Lawyers und der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) unterstreichen machtvoll, daß Jamal aus politischen Gründen in die Todeszelle geschickt wurde. Karl Baker erläuterte die Grundlage dieser Unterlagen und griff die Tatsache an, daß der Staatsanwalt während der Urteilsanhörung 1982 ein Statement gegen Jamal verwendet hat, das dieser 12 Jahre davor als Sprecher der Black Panther geschrieben hatte: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen".
Baker stellte fest: „Dieser Ausspruch stand in Zusammenhang damit, daß in den beiden Jahren davor 28 Mitglieder der Black

Panther Party -getötet und gerade einen Monat davor Fred Hampton und Mark Clark, die Führer der Chicagoer Ortsgruppe, ermordet wurden... als die Polizei morgens um 4 Uhr 30 einbrach, über 90 Schüsse abgab und die beiden im Schlaf erschoß." Das meinte Mumia, fügte Baker hinzu, „als er sagte: **Wir wissen sehr wohl durch den Tod vieler unserer Mitglieder, daß die politische Macht in Amerika aus den Gewehrläufen kommt.** Und dies umzudrehen und gegen ihn zu verwenden und zu sagen, dies sei ein Grund, ihn in den Tod zu schicken, ist das zynischste und manipulierendste Unterfangen der Staatsanwaltschaft. Und das alleine sollte Grund genug sein, das Todesurteil aufzuheben."

Jamal gewinnt immer mehr Unterstützung in seinem Kampf gegen die rassistische Todesstrafe. Jamal setzt sich aus der Todeszelle nicht nur in Wort und Schrift für Gerechtigkeit für die Unterdrückten ein, sondern er erhielt am 21. Januar seinen wohlverdienten Hochschulabschluß in Psychologie am Goddard College. Sein Buch, *„Mumia Abu-Jamal, ... aus der Todeszelle"* (Agipa-Press, Bremen, 1995), das bereits geholfen hat, weltweit Unterstützung ins Leben zu rufen, wurde schon in mindestens fünf Sprachen übersetzt und wird in den USA auch als Paperback herausgebracht.

Gene Herson vom PDC führte aus: „Beginnend mit der 800 Seiten dicken FBI-Akte über Jamal aus seiner Zeit als Black-Panther-Aktivist, über die Verurteilung und den Urteilsspruch 1982, bis hin zu der Posse in Sabos Gerichtssaal 13 Jahre später: Illusionen über Fairneß oder Unparteilichkeit des rassistischen kapitalistischen Rechtssystems sind fehl am Platz. Der Kampf für Mumias Freiheit - und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe - muß innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals fortgesetzt werden. Vor allem aber müssen wir danach trachten, die integrierte Arbeiterbewegung für die Verteidigung Mumias zu mobilisieren, als Teil des Kampfes gegen das ganze System der rassistischen, arbeiterfeindlichen Unterdrückung."

DIE JÜDISCHE ARBEITER-BEWEGUNG IN OSTEUROPA

von Ezra Mendelsohn (Israel)

Die Verbindung des Judentums mit der Linken ist eines der interessantesten Kapitel jüdischer Zeitgeschichte. Es ist die eher paradoxe Geschichte, wie sich ein traditionell sehr konservatives Volk an der Seite der aufstrebenden, sozialistischen Bewegung in Europa wiederfindet, weil diese Bewegung in den meisten Fällen, wenn auch nicht immer, die jüdische Emanzipation befürwortete und dem Antisemitismus entgegentrat. Schon zur Zeit der Französischen Revolution ist diese Verbindung zu beobachten, und sie tritt deutlicher in den Revolutionen von 1848 hervor, als junge, jüdische Intellektuelle zum ersten Mal (und nicht zum letzten Mal) eine wichtige Rolle in der linken Bewegung spielten. Gewiß, die große Mehrheit der Juden hielt sich von dieser Bewegung fern, und viele von ihnen, vor allem die religiöseren, widersetzten sich ihr. Aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts war klar, daß junge, säkularisierte Juden eine bemerkenswerte Rolle im europäischen Sozialismus spielten. Sie wurden getragen von dem Wunsch, den Antisemitismus und andere Formen der Ungerechtigkeit abzuschaffen; manchmal war es die jüdische Messiastradition oder auch nur der persönliche Ehrgeiz, in der Politik erfolgreich zu sein, der sie antrieb. Besonders auffallend war dies in Osteuropa, wo Juden sehr zahlreich waren und der Antisemitismus sehr stark ausgeprägt war. Aber auch in Deutschland, Osterreich und Frankreich war dieses Phänomen zu beobachten. In der Tat wurde der hohe Anteil von Juden in den Bewegungen der Linken zu einem Problem der europäischen Politik und trug sicher seinen Teil dazu bei, daß der moderne Antisemitismus zunahm.

Unser Thema ist jedoch nicht die Rolle der Juden in den sozialistischen Bewegungen, sondern jüdischer Sozialismus und jüdische Arbeiterbewegungen. Damit meine ich diejenigen Bewegungen, deren Mitglieder zum großen Teil oder ausschließlich Juden waren, und deren Ziel darin bestand, die Lage der Masse der jüdischen Arbeiterklasse zu verbessern, und schließlich, das jüdische Problem zu lösen. Dies konnte eine Revolution bedeuten oder die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft in Europa oder auch einen nicht revolutionären Kampf, um soziale Gerechtigkeit ohne Klassenkampf herbeizuführen. Es konnte auch die Schaffung einer neuen jüdischen Gesellschaft in Palästina (oder irgendeinem anderen Gebiet) bedeuten und eine neue jüdische Gesellschaft in der Diaspora. In unserer Definition sind sowohl die weitgehend jüdischen Gewerkschaften in New York, die zuerst sozialistisch und später reformistisch geprägt waren, als auch der marxistische „Bund" und die „Poale Zion" enthalten. Die ideologische Bandbreite war außerordentlich groß: vom Leninismus bis zum unpolitischen Gewerkschaftswesen, von der Assimilation bis zu jüdischem Nationalismus, sei er zionistisch oder auf die Diaspora ausgerichtet, vom extremen Hebräertum bis zur extremen Betonung jiddischer Kultur. Diese Bewegungen beeinflußten die moderne jüdische Geschichte, wie wir noch sehen werden, in hohem Maße. Heute hat die Wirkung sehr nachgelassen. In der Diaspora ist der jüdische Sozialismus derzeit praktisch tot, obwohl die Rolle, die Juden als Individuen in der Linken spielen, nach wie vor erstaunlich ist. Nur in Israel lebt die jüdische sozialistische Bewegung noch fort - in den Kibbutzim und den verschiedenen Arbeiterorganisationen und sozialistischen Vereinigungen.

Jüdischer Sozialismus mag heute nur noch in Israel existieren, sein Geburtsort ist Osteuropa: das jüdische Siedlungsgebiet in Rußland und, in geringerem Maße, das österreichische Galizien. Wie kam es dazu? Im russischen Reich lebte die größte jüdische Gemeinschaft Europas, und diese Gemeinschaft hatte sich im wesentlichen weder kulturell angepaßt noch war sie assimiliert. Die große Mehrheit ihrer Mitglieder sprach jiddisch und wurde in den traditionellen jüdischen Wertvorstellungen erzogen, die das Elterfihaus und die traditionelle jüdische religiöse Schule vermittelte. In diesem Punkt unterschieden sie sich stark von den Juden in Deutschland oder im Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die sich selbst eher als Deutsche oder Franzosen mosaischen Glaubens definierten. Überdies war die Sozialstruktur der russischen und der polnischen jüdischen Gemeinden von der der Juden Mittel- oder Westeuropas recht verschieden. Im russischen Reich und in Galizien gehörten Hunderttausende von Juden zur Arbeiterklasse, meist allerdings als Handwerker und nicht als Arbeiter. Während die Juden West- und Mitteleuropas im großen und ganzen zur Mittelschicht gehörten, zählten sie in Rußland zur unteren Mittelschicht und zum Proletariat. Sicherlich, gegen Ende des 19. Jahrhunderts stand selbst das russische Judentum trotz seiner „rückständigen" Sozialstruktur, der Orthodoxie und dem Jiddischen als Sprache, stark unter dem Einfluß der Modernisierung und der Säkularisation. Die Haskala (Aufklärungs)-Bewegung, die ihren Ursprung zur Zeit des Moses Mendelssohn in Deutschland hatte, breitete sich sehr schnell bis nach Osteuropa aus, wo sie die Modernisierung jüdischen Lebens predigte und sich gegen alles wandte, was sie als jüdische Stagnation oder Zurückgebliebenheit erkannte. Unter ihrem Einfluß und dank der liberalen Neigungen Alexanders des Zweiten verließen viele jüdische Jugendliche die traditionellen Bahnen und besuchten russische oder jüdisch-reformierte Schulen. Langsam aber sicher entstand eine säkulare jüdische Intelligenz, die sich stark von der russischen oder der polnischen Kultur angezogen fühlte, trotzdem aber eng mit der jüdischen Gemeinschaft, aus der sie stammte, verbunden blieb. Mit dem Zusammenbruch der Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Unterdrückung der Juden - Hoffnungen, die Alexander der Zweite wachgerufen hatte und die in den Pogromen von 1881-1882 und durch die Politik Alexanders des Dritten und seiner Nachfolger zerstört worden waren - kamen viele dieser Intellektuellen unter den Einfluß russischer sozialistischer und radikaler Ideen. Schon in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren Juden in großer Zahl in der zu dieser Zeit dominierenden „Volks"-Bewegung aktiv gewesen, und es sollten noch viele mehr werden, die sich in der russischen, marxistischen Bewegung, die sich in den neunziger Jahren zu vereinigen begann, hervortaten. Einige dieser Sozialisten waren Anwälte jüdischer Assimilation und glaubten, daß die Lösung der Judenfrage in Rußland in einer allgemeinen sozialistischen Revolution liege. Andere waren sich dagegen der Existenz einer großen und kulturell nicht angepaßten jüdischen Arbeiterklasse in ihrem Land bewußt, die alle Charakteristika besaß, die man damals für die Oualifikation zu einer Nation als notwendig erachtete. Sie befürworteten eine eigenständige jüdische sozialistische Bewegung. Es war das Zusammentreffen einer säkularisierten und radikalisierten jüdischen Intelligenz mit der Masse der jiddischsprachigen jüdischen Arbeiter, die das Entstehen einer solchen Bewegung möglich machte.

Dieser Prozeß, in dessen Verlauf die jüdischen sozialistischen Intellektuellen ihren Weg zur jüdischen Arbeiterklasse fanden, war keinesfalls einfach. Der europäische Sozialismus im allgemeinen, einschließlich seines osteuropäischen Teils, befürwortete in bezug auf die Judenfrage die Assimilation. Man betrachtete den Antisemitismus lediglich als Krankheit des Kapitalismus und das Judentum selbst als eine religiöse Rückbildung, die zum Untergang verurteilt sei. Dies war die Ansicht

Marx' und seiner russischen Schüler, und dies war auch der Standpunkt vieler Sozialisten jüdischer Herkunft wie etwa Trotzky und Rosa Luxemburg. Als daher einer der ersten Pioniere des jüdischen Sozialismus, Aaron Liebermann (1845-1880), in den siebziger Jahren andeutete, daß das jüdische Proletariat spezifisch jüdische Bedürfnisse und Probleme habe, die die Schaffung einer spezifisch jüdischen Bewegung rechtfertigten, wurde er von seinen russischen Mitstreitern, die ihn nicht verstanden, des nationalen Chauvinismus verdächtigt. Sicher, viele dieser Sozialisten nahmen dieselbe negative Haltung auch gegenüber den sich aufbauenden ukrainischen, lettischen oder belorussischen sozialistischen Bewegungen ein. Aber während diesen und anderen Bewegungen gewöhnlich nach einiger Zeit eine gewisse Anerkennung zukam, blieb diese in bezug auf die Juden aus. Liebermann gründete in London einen „Sozialistischen jüdischen Verein" und gab die erste jüdische sozialistische Zeitschrift heraus, *Ha-Emet* (Die Wahrheit). Aber dieses Unterfangen wurde in Rußland kaum bemerkt. Erst in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bildeten sich im jüdischen Siedlungsgebiet Rußlands erste „Kreise" jüdischer Arbeiter und jüdischer sozialistischer Intellektueller. Die meisten entstanden in den Städten Belorußlands und Litauens, wo der Anteil der Juden an der Bevölkerung extrem hoch war und die meisten Arbeiter Juden waren. Aus diesen „Kreisen" sollte die erste bedeutende, jüdisch-sozialistische Bewegung in Rußland, der Bund, hervorgehen. Die Entstehung dieser „Kreise" hatte aber, zumindest am Anfang, noch nicht den Aufbau einer spezifisch jüdischen Bewegung zum Ziel. Ihre Führer waren russifizierte Juden, die sich in erster Linie als russische, Sozialisten und Mitglieder der allgemeinen russischen sozialistischen Bewegung verstanden. Einer von ihnen war Julii Martov, der Enkel eines berühmten jüdischen Maskil (Aufklärer), der durch und durch Russe war und eine große Rolle in der russischen Sozialdemokratie spielen sollte. Die kleine Zahl von Arbeitern, die an diesen „Kreisen" teilnahm, jüdische Handwerker aus Städten wie Minsk, Vilna, Bialystok und Gomel, wurde in die Geheimnisse russischen radikalen Gedankenguts eingeführt. Man ging davon aus, daß sie sich schließlich der allgemeinen russischen sozialistischen Bewegung anschließen würden.

Aber die Richtung, die die Bewegung nehmen sollte, war eine andere. Allmählich und unter Schmerzen, immer wieder zögernd und mit großer innerer Opposition, wurden die verschiedenen „Kreise" im jüdischen Siedlungsgebiet Rußlands zu einer spezifisch jüdischen sozialistischen Bewegung zusammengeschmolzen. Ihre Grundlage bildete ein Sozialismus marxistischer Prägung und gleichzeitig ein jüdischer Nationalismus. Wie konnte es dazu kommen? Ein Grund ist wichtig: die marxistischen Intellektuellen, die die „Kreise" geleitet hatten, waren zwar kulturell angepaßt, aber nicht notwendigerweise auch assimiliert. Außerdem waren sie sich der neuen Vorstellungen eines jüdischen Nationalismus bewußt, der in Rußland seit den kritischen Jahren 1881-1882 propagiert wurde, und diese Ideen blieben nicht ohne Einfluß auf sie. Während der achtziger und neunziger Jahre waren einige russische Juden zu Befürwortern des Zionismus geworden, eines Zionismus, der die Rückkehr der Juden in das Land ihrer Vorfahren und die Schaffung einer neuen Gesellschaft, modern und jüdisch, in diesem Land beinhaltete.

Andere fühlten sich von der Vorstellung eines Diasporanationalismus angezogen, der die Behauptung einer eigenständigen modernen nationalen Existenz der Juden innerhalb des russischen Reiches vorsah. Sowohl die Zionisten als auch die Diasporanationalisten glaubten, daß die Juden auch eine Nation wie alle anderen darstellten, und die Lage der Juden in Rußland, wenn auch nicht die der Juden in Mittel- und Westeuropa, schien ihnen Recht zu geben. Das nationale Erwachen anderer Minderheiten des multinationalen Reiches, in dem sie lebten, blieb nicht ohne Einfluß auf die jüdischen Nationalisten. In ihrer Entscheidung, die Möglichkeit der Assimilation zu verwerfen, wurden sie auf natürliche Weise durch das ständige Anwachsen des russischen Antisemitismus bestärkt. In der Tat, der Aufschwung des Antisemitismus - die Pogrome von 1881-1882 und die neuen restriktiven Gesetze Alexanders des Dritten - hatte eine nachdrückliche Wirkung auf alle russisch-jüdischen Intellektuellen. Einige von ihnen, so kulturell angepaßt sie auch waren, kamen zu der Überzeugung, daß die Emanzipation nur durch einen organisierten Kampf der russischen Juden zu gewinnen sei. Und einige Sozialisten gogen den Schluß, daß dieser Kampf, wenn sie ihn gewinnen wollten, nur von dem jüdischen Proletariat ausgehen könne, das ein natürliches Interesse daran habe, die Gleichheit aller russischen Juden anzustreben. Der Einfluß des Nationalismus im allgemeinen, und des jüdischen Natioalismus im besonderen, sowie die wachsende Einsicht, daß der Kampf um die Gleichstellung der russischen Juden von den Juden selbst geführt werden müsse - alle die-

se Faktoren trugen zu der Entscheidung bei, eine eigenständige jüdische sozialistische Bewegung aufzubauen. Wenn die jüdischen Sozialisten der „Kreise"-Bewegung auch unter dem Einfluß des aufstrebenden „bürgerlichen" jüdischen Nationalismus standen, so waren sie doch auch dem Druck von unten ausgesetzt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen die „Kreise", nachdem sie sich anfangs mit „Propaganda" unter nur wenigen Arbeitern begnügt hatten, aktiv in den Wirtschaftskampf einzugreifen. Man organisierte Streiks jüdischer Arbeiter gegen ihre jüdischen Arbeitgeber, und das führte dazu, daß sich Tausende jüdischer Arbeiter, die sich um die Verbesserung ihrer miserablen Arbeitsbedingungen sorgten und bereit waren, die marxistischen Intellektuellen als ihre Führer anzuerkennen, der Bewegung anschlossen. Während dieser sogenannten „Agitations"-Periode wuchs die Bewegung sehr rasch an, und vielen wurde klar, daß die Masse der jüdischen Arbeiter, die sich wesentlich, einschließlich der Sprache - Jiddisch -, von der russischen oder polnischen Arbeiterklasse unterschied, eine eigene, besondere Organisation und einen eigenen Rahmen brauchte. In diesem Zusammenhang war das Problem der Sprache entscheidend. Die Notwendigkeit, den Interessen einer Arbeiterklasse nachzukommen, die ihre eigene Sprache besaß (und Jiddisch, ob man es nun als „Dialekt" oder als eigene Sprache apostrophierte, war jedenfalls nicht Russisch), schloß die Notwendigkeit einer besonderen Organisation mit ihrer eigenen jiddischsprachigen Presse und jiddischsprachigen Führern ein. Die sozialistische Intelligenz hatte die jüdische Arbeiterklasse entdeckt, die in sozialer Unterdrückung lebte und vierzehn oder sechzehn Stunden am Tag sechs Tage in der Woche arbeitete. Aber der Massencharakter der Bewegung brachte auch zu Tage, daß man es mit einer jüdischen Arbeiterklasse zu tun hatte, die zusätzlich in nationaler und kultureller Unterdrückung lebte. Ihre Sprache und Kultur galt als minderwertig, und sie mußten, von den religiösen Einrichtungen abgesehen, ohne Schulen oder kulturelle Einrichtungen in ihrer eigenen Sprache auskommen. Der klare Zusammenhang zwischen sozialer und national-kultureller Unterdrückung wies den Weg zur Gründung einer Bewegung, die beiden Problemen gerecht werden konnte. In diesem Sinne glich die Entwicklung der jüdischen sozialistischen Bewegung der Entwicklung sozialistischer Bewegungen anderer unterdrückter Minderheiten im russischen Reich und in Osterreich-Ungarn. Fast ausnahmslos stellten sie eine Synthese aus Sozialismus und Nationalismus dar; jedesmal war sie das Ergebnis der Identifikation des sozial unterdrückten Proletariats als einer Klasse, die auch Träger der unterdrückten nationalen Kultur war. Nicht alle jüdischen Marxisten der „Kreise"-Bewegung beherrschten die jiddische Sprache. So wie einige litauische Sozialisten hatten Litauisch lernen müssen, so mußten einige Führer des Bundes, wie z.B. Wladimir Medem, die Sprache der jüdischen Massen erlernen.

Der „Allgemeine Jüdische Arbeiterverein" („Bund" auf jiddisch) wurde offiziell in Rußland und Polen im Jahre 1897 gegründet. Ein Jahr später schloß er sich der neu gegründeten „Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" an. Von einem sozialistischen Standpunkt aus zielte er darauf ab, alle jüdischen Arbeiter des russischen Reiches unter einem Programm, das zum Klassenkampf innerhalb der jüdischen Gemeinschaft aufrief, zu vereinen, um die Lage der jüdischen Arbeiterklasse zu verbessern. Außerdem sollte die Zusammenarbeit mit anderen nationalen Proletariaten im Reich gefördert werden, um das zaristische Regime zu stürzen und ein neues, sozialistisches Rußland aufzubauen. Das jüdische Programm des Bundes, das sich in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts konsolidierte, forderte die Anerkennung der Juden als Nationalität und die Erhaltung jüdischer national-kultureller Autonomie im Rahmen einer sozialistischen russischen Föderalrepublik. Damit hatte der Bund im wesentlichen den antizionistischen, wohl aber nationalistischen Standpunkt jüdischer Theoretiker des Diasporanationalismus übernommen. Einer dieser Theoretiker war der große Historiker Simon Dubnov, der glaubte, daß die jüdische Nation überleben und sogar aufblühen könne, wenn man ihr nur die Autonomie in Osteuropa gewähre. Das Programm bedeutete außerdem, daß die Bundisten mit einigen Änderungen den gewagten nationalen Standpunkt der österreichischen sozialdemokratischen Partei übernommen hatten, der die nationalen Bestrebungen der unterdrückten Völker des Habsburgerreiches als legitim anerkannte. Zwar erkannten die österreichischen Sozialisten die Juden nicht als eigene Nationalität an, während der Bund davon ausging, aber der österreichische Standpunkt erleichterte den marxistischen jüdischen Führern ihre Argumentation gegen ihre Feinde im russischen und polnischen Lager, die, indem sie auf den Bund in derselben Weise reagierten wie ihre Vorgänger auf Aaron Liebermann, den Standpunkt des Bundes als „Ausverkauf" an den bürgerlichen Nationalismus bezeichneten.

Im folgenden will ich kurz die Aktivitäten des Bundes seit seiner Gründung bis zum Ersten Weltkrieg zusammenfassen: Tausende jüdischer Arbeiter waren in der Partei organisiert, obwohl sie eine illegale Untergrundbewegung war. (Der Bund galt im allgemeinen viel mehr als Massenorganisation als die Russische Sozialdemokratische Partei.) Streiks wurden initiiert und zu bestimmten Anlässen Demonstrationen; eine jiddisch- und russischsprachige Presse wurde aufgebaut, und man intensivierte die Beziehungen zu den anderen sozialistischen Parteien des Reiches. Die Führer der russischen Sozialdemokratie waren der jüdischen Partei allerdings alles andere als freundlich gesinnt - sie glaubten weiterhin, daß die einzig mögliche Lösung für die Judenfrage die Assimilation sei, und wiesen die Notwendigkeit einer besonderen jüdischen Organisation zurück. Hierin liegt einer der Gründe für den Austritt des Bundes aus der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1903. Die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bewegungen anderer Nationalitäten wurde aber fortgesetzt. Sie wurde vor allem während und nach der ersten russischen Revolution von 1905-1906 wichtig, als die Aktivitäten des Bundes einen neuen Höhepunkt erreichten.

Für die Geschichte des russischen und polnischen Judentums bedeutete das Auftreten des Bundes eine revolutionäre Entwicklung. Zum ersten Mal trat eine organisierte Kraft auf, die sich zum Fürsprecher der jüdischen Arbeiterklasse machte, einer Klasse, auf die in einer Gesellschaft, die den Wohlstand und die Gelehrsamkeit schätzte, gewöhnlich von oben herabgesehen wurde. Zum ersten Mal gab es eine Organisation, die offen dem Prinzip jüdischer Einheit gegen die feindliche Außenwelt entgegentrat und den Klassenkampf innerhalb der jüdischen Gemeinschaft predigte. Im Bündnis mit den Arbeitern anderer Nationalitäten wollte man gegen die religiöse und wohlhabende Führerschaft in den Schlüsselpositionen der Gesellschaft kämpfen. Außerdem verkörperte der Bund gemeinsam mit den Zionisten und Diasporanationalisten eine neue Form jüdischer Identität: säkular und nicht religiös. Er setzte sich eher für die Sprache der Masse, Jiddisch, als für das traditionell hoch geachtete Hebräisch ein. Stellvertretend für die Einstellung des Bundes zu den internen, jüdischen Problemen ist die neue, säkulare und moderne jiddische Grundschule zu nennen. Sie hatte ihre Blütezeit in Polen zwischen den beiden Kriegen und in den Ländern, die früher ein Teil des jüdischen Siedlungsgebiets in Rußland gewesen waren. In diesen Schulen sollte eine neue Art von Juden heranwachsen: unreligiös, aber stolz auf ihr nationales Erbe, dazu geprägt von den sozialistischen Idealen. Die Partei förderte auch die Entstehung einer neuen jiddischen Literatur, die, wie sie hoffte, einmal die traditionelle, hebräisch-religiöse Kultur ablösen würde, die bis dahin das kulturelle Schmuckstück des jüdischen Volkes in Osteuropa gewesen war. Die Analyse des Bundes in bezug auf die Judenfrage in Rußland basierte auf dem Glauben an die „doikeyt", wörtlich die „Hiesigkeit". Der Ausdruck steht für den Glauben, daß die Judenfrage vor Ort, in Osteuropa, gelöst werden könne und müsse. Dies bedeutete natürlich den direkten Gegensatz zur zionistischen Analyse, die behauptete, daß die Diaspora immer mit Antisemitismus einhergehe und daß die einzige Hoffnung des jüdischen Volkes in der Auswanderung nach Palästina und der Schaffung einer souveränen jüdischen Gesellschaft in diesem Land liege. Für den Bund war der Zionismus eine „bürgerliche Utopie", die ihre Wurzeln in bedeutungslosen religiösen Phantastereien hatte, die der fernen Vergangenheit des jüdischen Volkes angehörten. Gefördert wurde er in seinen Augen von der jüdischen Mittelschicht und von religiösen Interessen, die nur darauf aus waren, das jüdische Volk von dem wirklichen Kampf in Rußland und anderswo abzulenken. Persönlichkeiten wie Herzl, Nordau und Weizmann galten als Vertreter des jüdischen Kapitalismus, der zusammen mit den Rabbinern den natürlichen Feind des jüdischen Proletariats und der progressiven Kräfte innerhalb der jüdischen Gemeinschaft darstellte. Der Kampf mußte „hier" stattfinden und nicht

„dort", in den Wüsten des Nahen Ostens. Palästina war das Ziel von Jeshivastudenten und nicht von jüdischen Arbeitern, die die religiösen Traditionen und den Fanatismus ihrer Väter verlachten. Was man auch von der Einstellung des Bundes halten mag, wahr ist, daß die Väter des modernen Zionismus keine Sozialisten waren. Aber gegen 1900 begann sich eine sozialistisch-zionistische Bewegung zu bilden, die eine neue Herausforderung an den Bund darstellte und dem osteuropäischen jüdischen Sozialismus eine neue ideologische Dimension hinzufügte.

Die Vorstellung, die Bundisten und die sozialistischen Zionisten wären auf allen Gebieten verschiedener Meinung gewesen, ist jedoch falsch. Wie die ersteren, so glaubten auch die letzteren, daß die jüdische Arbeiterklasse die einzige wahrhaftig progressive und dynamische Klasse innerhalb der jüdischen Gesellschaft sei und daß ihre Aufgabe in dem Aufbau einer neuen jüdischen Gesellschaft liege, die sich durch soziale Gerechtigkeit und die Abwesenheit von Ausbeutung auszeichne. Auch darin wußten sie sich einig, daß eine Revolution innerhalb der jüdischen Gesellschaft notwendig sei, um die traditionellen jüdischen Führer durch eine neue Führerschicht zu ersetzen, die dem demokratischen Willen der jüdischen Massen entspräche. Aber die sozialistischen Zionisten glaubten nicht daran, daß all dies in der osteuropäischen Diaspora durchsetzbar sei.

Sie teilten die gemeinzionistische Überzeugung, daß es keine Lösung der Judenfrage ohne eine jüdische Heimstätte geben könne, weil selbst der Sieg des Sozialismus nicht notwendig die Ausrottung des Antisemitismus mit sich bringe, selbst wenn der Antisemitismus zurückgehe, könne der jüdisch-säkulare Nationalismus niemals ohne ein jüdisches Territorium auskommen. In der Diaspora, so glaubten sie, könne es nur Antisemitismus oder die Assimilation geben. Die sozialistischen Zionisten betonten außerdem, daß das jüdische Volk in der Diaspora vom sozialen Standpunkt aus zu ewiger Anormalität verurteilt sei, auch der Sieg einer sozialen Revolution werde daran nichts ändern. Anders als die Völker, in deren Mitte sie lebten, waren die Juden im großen und ganzen keine produktiven Arbeiter - sie waren Zwischenhändler, Geldverleiher, kleine Geschäftsleute und ähnliches mehr. Endlich war auch die Arbeiterklasse kein richtiges Proletariat im Sinne des deutschen, englischen oder sogar russischen Vorbildes. Die sogenannten jüdischen Arbeiter in den Städten Rußlands waren Schneider, Schuhmacher und Bäcker, Handwerker, die entweder selbständig waren oder mit der Unterstützung ihrer Ehefrauen und Kinder winzige Läden unterhielten. Das war kein Fabrikproletariat, das sich nach marxistischen Gesetzen unvermeidlich der Widersprüche des kapitalistischen Systems bewußt werden würde. Dies war eine Handwerkerklasse, die im Zuge der unaufhaltsam voranschreitenden kapitalistischen Revolution selbst im zurückgebliebenen Osteuropa zum Untergang verurteilt war. Sich vorzustellen, daß diese Klasse eine soziale Revolution auf „der jüdischen Straße" durchführen könne, war daher ein tiefgreifender Fehler. Tatsächlich konnte sie noch nicht einmal den wirtschaftlichen Kampf um die Verbesserung ihrer eigenen miserablen wirtschaftlichen Situation mit Erfolg führen. Die sozialistischen Zionisten verunglimpften die Streikbewegung im jüdischen Siedlungsgebiet Rußlands, indem sie diesen Kampf als den Kampf eines verarmten Schneiderlehrlings gegen einen ebenso verarmten Schneidermeister charakterisierten. Außerdem führten sie an, daß jüdische Arbeiter kaum jemals, wenn überhaupt, von den wenigen großen Fabriken eingestellt wurden, die es im jüdischen Siedlungsgebiet in Rußland gab. Die Schlußfolgerung war klar. Nur wenn die Juden eine eigene territoriale Ausgangsbasis in Palästina oder auch anderswo gewinnen könnten, würde eine wirkliche soziale Revolution, geführt von einer mittlerweile „normalen" jüdischen Arbeiterklasse, möglich sein. Allein die territoriale Konzentration würde die soziale Normalisierung des jüdischen Volkes gewährleisten, und nur dann könnten die nun wirklich produktiven, progressiven arbeitenden Klassen die Führerschaft innerhalb der Gemeinschaft übernehmen.

Alle sozialistischen Zionisten argumentierten ungefähr gleich, aber es gab auch wesentliche Unterschiede zwischen ihnen. Einige waren glühende „Palästinenser"; sie waren fest davon überzeugt, daß die jüdische Heimstätte in dem Gebiet liegen müsse, in dem die jüdische Nation entstanden war. Andere dagegen unterstützten, was als „Territorialismus" bekannt war, nämlich die Vorstellung, daß jedes Gebiet sich eigne, und nicht nur Palästina. Von ihnen gingen einige sogar so weit zu behaupten, daß die ausschließliche Bindung an Palästina zu einem gewissen Grade das Ergebnis eines „unwissenschaftlichen" mystischen Glaubens sei, der nicht zum modernen, sozialistischen Denken passe und verließen schließlich das zionistische Lager. Tatsächlich entschieden sich während der großen Debatte der zionistischen Bewegung über Uganda viele sozialistische Zionisten zugunsten einer jüdischen Heimstätte in Ostafrika und fanden sich so an der Seite Theodor Herzls wieder. Das sozialistisch-zionistische Lager war auch über ideologische Kernfragen gespalten: Einige Sozialisten waren Marxisten, andere fühlten sich mehr zum russischen populistischen Denken hingezogen. Soweit es um spezifisch jüdische Probleme ging, wiesen einige sozialistisch-zionistischen Organisationen alle Bemühungen, in der Diasporapolitik mitzuwirken, zurück und riefen zur sofortigen „Alija" (Einwanderung nach Palästina) auf. Andere dagegen drängten ihre Mitglieder, eine aktive Rolle bei den örtlichen, sozialistischen Aktivitäten und in den jüdischen Ortsgemeinden zu spielen, bestanden dabei aber auf der Forderung, daß nur Palästina die eigentliche Lösung des Problems bringen könne. Einige sozialistische Zionisten waren eifrige Hebraisten und glaubten zusammen mit den „bürgerlichen" Zionisten, daß das Jiddische keine Zukunft habe, während andere mit dieser hebraistischen Orientierung unzufrieden waren und projiddisch dachten. Das Ergebnis dieser Unterschiede waren zumindest drei klar umrissene sozialistisch-zionistische Parteien zu Anfang des 20. Jahrhunderts; die berühmteste von ihnen war eine marxistische, sozialdemokratische Gruppierung, die sich „Poale Zion" (Arbeiter Zions) nannte. In diese Partei gehören Ben Gurion und andere junge russische und polnische Juden, die noch eine große Rolle in der Geschichte des jüdischen Palästina-Israel spielen sollten. Einige Mitglieder der Poale Zion wanderten zusammen mit Mitgliedern anderer Gruppierungen während der Zeit der „Zweiten Alija" (1904-1914) nach Palästina aus und legten dort die Fundamente für die jüdische Arbeiterbewegung dieses Landes.

Der Export des sozialistischen Zionismus von Osteuropa nach Palästina ist nur ein Beispiel für die Erweiterung der territorialen Basis des jüdischen Sozialismus. Schon in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts wanderten jüdische Radikale von Rußland in die Neue Welt aus und übernahmen dort die Führung beim Aufbau von jüdischen Gewerkschaften, jüdisch-sozialistischen Zeitungen und jüdisch-sozialistischen Organisationen. Gegen Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die jüdische Sozialisten- und Arbeiterbewegung, die fast ausschließlich osteuropäischen Ursprungs war, sehr schnell zu einem wichtigen Bestandteil des amerikanischen Radikalismus überhaupt und spielte eine bedeutende Rolle im Leben der jüdischen Gemeinschaft in Amerika. Dies war natürlich eine Folge der breiten jüdischen Wanderung von Rußland nach Amerika, in deren Verlauf viele jüdische Arbeiter und nicht nur einige sozialistische Intellektuelle, Bundisten, Territorialisten und zionistische Sozialisten zugewandert waren. Jüdische Einwanderer brachten die Botschaft vom jüdischen Sozialismus auch zu so weit entfernten Orten wie Südamerika, Australien und Südafrika. Nicht weit von ihrem Ursprungsort entfernt breitete sich die Bewegung vom jüdischen Siedlungsgebiet in Rußland bis nach Galizien aus und erreichte sogar Rumänien. Wichtig war sie auch in den europäischen Zentren osteuropäischer, jüdischer Emigration, vor allem in London, wo jüdische Handelsgewerkschaften und jüdische, sozialistische Organisationen gegründet wurden.

Die klassischen Organisationen und Ideologien des jüdischen Sozialismus in Osteuropa, Bund und sozialistischer Zionismus, bestanden in ihrem Ursprungsland bis 1917. Die Verhältnisse in Rußland verhinderten, daß irgendeine dieser Organisationen wirklich massive Unterstützung fand, aber ihr Gewicht innerhalb der jüdischen Gemeinschaft war beträchtlich. Das zeigte sich als erstes in den Jahren 1905-1906, als die revolutionären Ereignisse es den sozialistischen Bewegungen erlaubten, aus dem Untergrund aufzutauchen. Noch offensichtlicher wurde die Situation während der umwälzenden Ereignisse des Jahres 1917, als das alte Regime in Rußland insgesamt und innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in einer Welle demokratischen Aufbegehrens hinweggefegt wurde. Das Jahr 1917 gab den jüdischen sozialistischen Parteien die Möglichkeit, ihre Stärke bei Wahlen und bei anderen Gelegenheiten zu demonstrieren, deutete aber gleichzeitig das

Ende der ersten glorreichen Phase des osteuropäischen jüdischen Sozialismus an. Das neue Regime der Bolschewiken erklärte, einmal an der Macht, seine beiden alten Feinde, den Bund und die verschiedenen „reaktionären" sozialistisch-zionistischen Gruppierungen, für ungesetzlich. Der Zionismus und mit ihm der sozialistische Zionismus verschwanden nicht über Nacht, aber Ende der zwanziger Jahre hatten sie zumindest legal aufgehört zu existieren. Einige Bundisten und sozialistische Zionisten schlossen sich der kommunistischen Partei an, und einige von ihnen engagierten sich in den „jüdischen Abteilungen" der russischen kommunistischen Partei. Diese „Abteilungen" verbreiteten bolschewikische Propaganda auf jiddisch, und insofern führten sie die jüdisch-sozialistische Tradition fort. Sie unterstanden aber völlig der Kontrolle des totalitären Regimes und wurden schließlich in den dreißiger Jahren abgeschafft. Das Zentrum des jüdischen Sozialismus in Osteuropa verlagerte sich jetzt in die neuen, unabhängigen Staaten, die aus den Trümmern des russischen Reiches und des Habsburgerreiches entstanden waren, vor allem aber in dem unabhängigen Staat Polen mit seinen mehr als drei Millionen jüdischen Einwohnern.

Die Situation in Polen und in den neuen baltischen Staaten sowie in Rumänien war für das Gedeihen des jüdischen Sozialismus sehr günstig. Pluralistische, wenn nicht demokratische Regierungen kennzeichneten diese Staaten, so daß alle modernen jüdischen politischen Parteien, von den Zionisten bis zu den Bundisten, frei agieren konnten. Überdies hatten sie die Möglichkeit, frei um das Recht zu konkurrieren, die jüdische Minderheit in demokratisch gewählten Institutionen zu vertreten. Es galt, nationale Parlamente, Stadträte oder jüdische Kehiles (die jüdischen selbstverwalteten Organisationen, die das jüdisch-religiöse Leben prägten, Schulen, Hospitäler usw. unterhielten) zu wählen. Die jüdischen sozialistischen Parteien profitierten also von dem, was man die „Demokratisierung" jüdischen Lebens in Osteuropa nennen könnte. Außerdem profitierten sie zusammen mit den nichtsozialistisch-zionistischen Gruppierungen von der „Nationalisierung" des jüdischen Lebens, dem Triumph moderner nationaler Ideen innerhalb der jüdischen Gemeinden der neuen Staaten dieser Region. Diese „Nationalisierung" stand unter dem Eindruck des Siegs des Nationalismus bei den nichtjüdischen Mehrheiten und verlief parallel zu ihm. Wenn die Revolution der Bolschewiken vielen Juden, zumindest für eine gewisse Zeit, den Weg zum Sozialismus gewiesen hatte, so bedeutete überdies die Balfour-Erklärung von 1917 eine ungeheure Rückenstärkung für die zionistische Bewegung. Schließlich erschwerte die allgemeine Atmosphäre von Armut und Antisemitismus in Osteuropa den Juden zwischen den beiden Kriegen das Leben so sehr, daß viele von ihnen in der einen oder anderen Form nach einem Ausweg aus der Situation in den verschiedenen, miteinander konkurrierenden politischen Parteien suchten. In Polen war das Ausmaß der politischen Mobilisierung unter den Juden beispiellos; besonders die junge jüdische Generation suchte im Zionismus, dem Sozialismus oder anderen Ideen einen Ausweg aus der tragischen Sackgasse, in der sie sich befand. Der Bund und der sozialistische Zionismus wurden zu wirklichen Massenbewegungen mit vermutlich Hunderttausenden von aktiven Mitgliedern und mit einer ungeheuren Wirkung auf praktisch alle Bereiche jüdischen Lebens.

Innerhalb des zionistischen Lagers führten neue Verhältnisse zur Entstehung neuer Organisationen. Die herausragendste Entwicklung war die Erscheinung des „Pioniers" (hebräisch *He-chalutz)*. Diese Bewegung, die ursprünglich aus dem revolutionären Rußland kam und sich dann bis nach Polen und bis zu den anderen Staaten des unabhängigen Osteuropa ausbreitete, hatte zum Ziel, junge Männer und Frauen in Arbeiter umzuformen, die dann ihrerseits durch ihre eigene Arbeitskraft Palästina in eine jüdische Arbeitergesellschaft verwandeln würden. Der Pionier legte besonderen Nachdruck auf die agrarwirtschaftliche Ausbildung und gründete zahlreiche Schulen, um die revolutionäre Umwandlung von Jugendlichen der Mittelschicht in zähe jüdische Ackerbauern voranzutreiben. So, glaubten sie, müsse die wirkliche jüdische Revolution aussehen und nicht wie die sinnlose Streikbewegung der Bundisten oder die Rhetorik der sozialistisch-zionistischen Parteien. Der Pionier war nicht marxistisch orientiert und zögerte anfangs, sich als sozialistisch zu definieren, mit der Zeit wurde er aber ein Teil der zionistisch-sozialistischen Bewegung. Dies um so mehr, als er sehr schnell eingesehen hatte, daß kollektivistische (Kibbutz) Siedlungen in Palästina am besten geeignet waren, seine Ideale durchzusetzen. Während der Zeit zwischen den Kriegen wanderten Tausende seiner Anhänger von Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten nach Palästina aus und gründeten dort kollektive Siedlungen, die bis heute die Arbeiterbewegung in Israel mit ihrer osteuropäischen Vergangenheit verbinden.

Parallel zum Aufstieg des *He-chalutz* entstanden die sozialistisch-zionistischen Jugendbewegungen, die seine Ideologie teilten, sich aber aus jüngeren Mitgliedern bis zum Alter von achtzehn Jahren rekrutierten. Die erste Jugendbewegung dieser Art war der „Junge Wächter" *(Ha-shomer ha-zair),* der während der Kriegsjahre in Galizien gegründet worden war. Der Junge Wächter griff viele Ideen der deutschen Jugendbewegung jener Zeit auf, so z.B. die Vorstellung einer autonomen Jugendkultur, entwickelte sich aber zu einer Organisation, die auf Palästina ausgerichtet war und deren Mitglieder ermuntert wurden, sich dem Pionier anzuschließen und besondere, eigene Kollektivsiedlungen im Land ihrer Vorfahren zu bilden. Mit der Zeit übernahm der Junge Wächter, im Gegensatz zum volontaristischen, nichtmarxistischen Pionier, eine deterministische, marxistisch-sozialistische Ideologie. Einige seiner Mitglieder nahmen an der sogenannten „Dritten Alija" nach Palästina teil, die direkt nach dem 1.Weltkrieg stattfand, und gründeten kollektive Siedlungen, die schließlich zum Rückgrat der israelischen sozialistischen Partei „Mapam" wurden. Zusammen mit dem Jungen Wächter war eine Reihe anderer Jugendbewegungen entstanden. Ihrer aller Ziel war es, in Palästina eine neue jüdische Gesellschaft zu schaffen, deren Grundlage die jüdischen Arbeiter sein sollten. Während der Jahre zwischen den Kriegen stellte der Pionier mit den Pionierjugendbewegungen den aktivsten Flügel des sozialistischen Zionismus dar; daß sie mit Erfolg viele junge Männer und Frauen ansprachen, zeigt, wie stark der zweifache Anstoß von jüdischem Nationalismus und Sozialismus unter den jüngeren Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft war. Die Bewegungen stimmten darin überein, daß es keine Lösung der Judenfrage in der Diaspora gebe, und glaubten, daß es nicht genügen könne, lediglich einen weiteren Nationalstaat zu gründen. Nicht länger religiös, aber erfüllt von der sozialen Botschaft der Propheten, wollten ihre Anhänger Palästina zum „Licht unter den Heiden" machen, zu einer Modellgesellschaft ohne Ausbeutung und Ausbeuter. Für sie war die Synthese von Sozialismus und Nationalismus, die manchmal recht problematisch gewesen war, notwendig, um den palästinensisch-zionistischen Kurs zu rechtfertigen. Zusammen mit den Pionieren und den verschiedenen Jugendbewegungen wuchsen auch die sozialistisch-zionistischen Parteien. Allein in Polen gab es in den zwanziger Jahren nicht weniger als sieben solcher Parteien. Sie bildeten ein breites Spektrum politischer Zielsetzungen, wußten sich aber einig in der zentralen Notwendigkeit, für eine jüdische Gesellschaft in Palästina zu arbeiten, die auf sozialistischen Grundprinzipien beruhen sollte. Den äußersten linken Flügel bildete die prokommunistische, aber nichtsdestoweniger immer noch zionistische Partei „Poale Zion" - Links. (Die Partei „Poale Zion" hatte sich 1920 in eine linke und eine rechte Fraktion gesparten. Diese Teilung ähnelte den vielen Aufsplitterungen in Sozialisten und Kommunisten, mit denen die europäischen sozialistischen Bewegungen in den Jahren nach der russischen Revolution geplagt waren.) Rechts stand die antimarxistische *Hitachdut,* deren Mitglieder zum großen Teil von der „Jugend Zions" *(Ze'ire Zion)*-Partei kamen. Alle sozialistisch-zionistischen Parteien, der Pionier und die sozialistisch-zionistischen Jugendbewegungen zusammen bildeten, was man das Lager „Arbeiterpalästina" nannte. Dieses Lager mit Zehntausenden von Anhängern stellte eine starke Kraft innerhalb des Weltzionismus dar. Es stellte finanzielle Mittel bereit, stellte die Führerschaft und eine große Zahl von Rekruten für die wachsende Arbeiterbewegung in Palästina, die schließlich die bestimmende Kraft innerhalb der dortigen jüdischen Gemeinschaft wurde. 1948 übernahm diese Fraktion die Führung des neuen Staates, die sie erst etwa dreißig Jahre später wieder abgeben sollte.

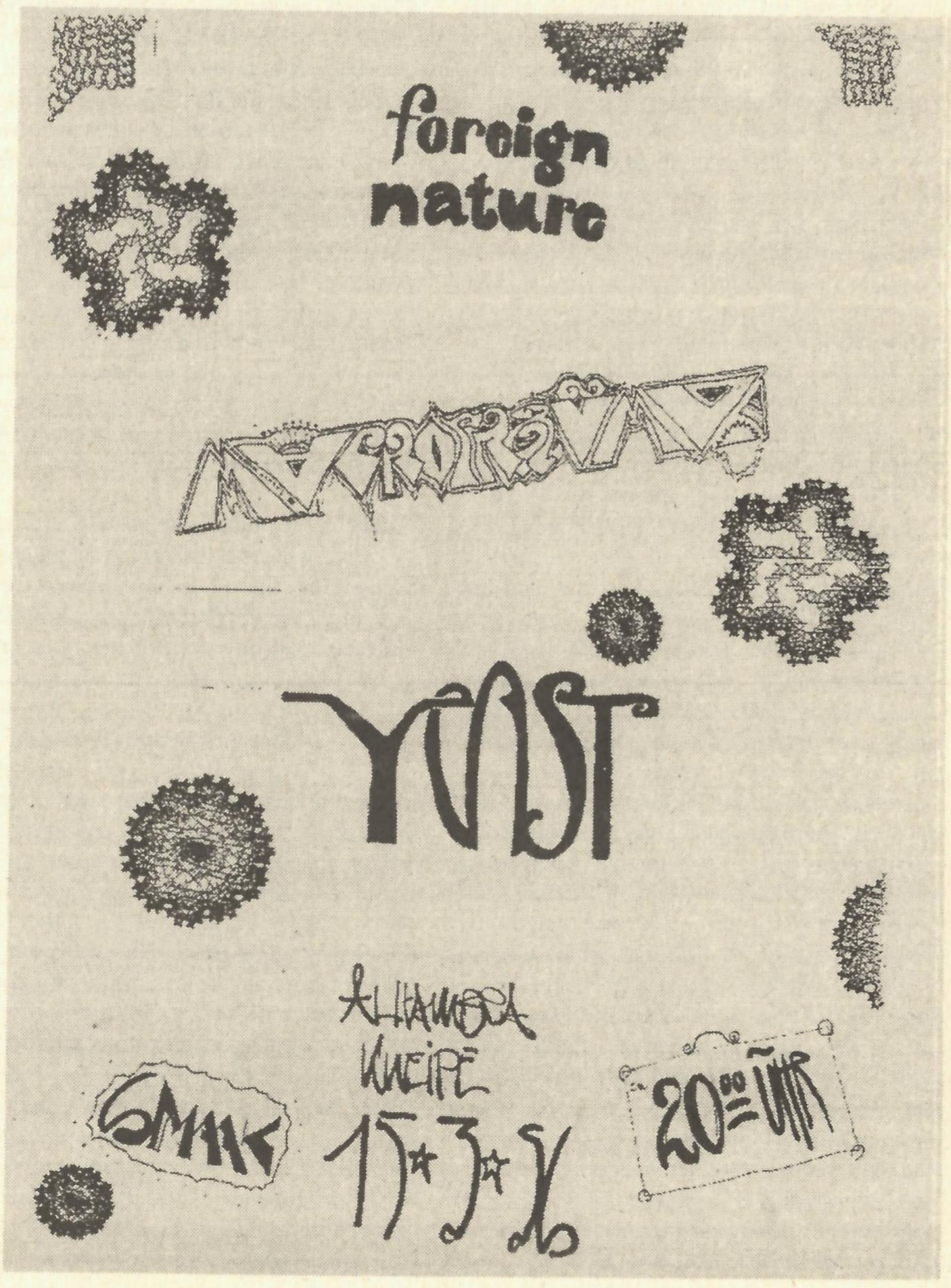
In eben dieser Zeit hatte auch die antizionistische Linke ihre Blütezeit. Der „Bund", den man in Rußland ausgeschaltet hatte, wurde eine der führenden Parteien des polnischen Judentums. Sein Programm hatte sich in den Grundzügen nicht geändert; er blieb seinen

russischen Traditionen von Sozialdemokratie und Kooperation mit den sozialistischen Parteien anderer Nationalitäten im Kampf gegen den Kapitalismus treu. Er setzte sich weiterhin für eine national-kulturelle Autonomie des jüdischen Volkes ein, die auf jiddischsprachigen Einrichtungen basieren sollte und förderte die säkulare jiddische Schule, die auf viele jüdische Jugendliche große Anziehung ausübte. Er war fest in den jetzt legalen jüdischen Gewerkschaften verankert, die in Polen in der Zeit zwischen den Kriegen aufblühten. Seine Erfolge im wirtschaftlichen Kampf des jüdischen Proletariats in Polen waren beschränkt. Auch das Bündnis mit dem polnischen Sozialismus, das er hatte erreichen können, hielt nicht, was es versprach: seiner Forderung nach extraterritorialer, nationaler Selbständigkeit, die vom Wohlwollen des Staates abhing, wurde nicht entsprochen. In den dreißiger Jahren erreichte der Einfluß des Bundes allerdings einen neuen Höhepunkt. Das verdankte er zum Teil dem starken Widerstand gegen den polnischen Antisemitismus und zum zweiten der Krise des Zionismus, die durch die britischen Einwanderungsbeschränkungen für Juden nach Palästina hervorgerufen worden war. Er schnitt bei verschiedenen örtlichen Wahlen außerordentlich gut ab und konnte mit einigem Recht in Anspruch nehmen, daß er jetzt die stärkste und einzige politische Kraft innerhalb der jüdischen Gemeinde darstellte.

Der Zusammenbruch der unabhängigen Staaten Osteuropas bedeutete das Ende der jüdischen Arbeiter- und Sozialistenbewegungen dieser Region, und der Holocaust schloß jeden Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Mitglieder des Bundes und der sozialistischen Zionisten spielten eine herausragende Rolle im jüdischen Widerstand gegen die Naziherrschaft, aber nach dem Krieg konnte keine der beiden Bewegungen auch nur annähernd etwas von ihrer früheren Größe zurückgewinnen. Auch in der Neuen Welt waren der jüdische Sozialismus und die jüdische Arbeiterbewegung zusammen mit der jiddischen Sprache, für die sie gekämpft hatten, im Begriff, auszusterben. Nicht physische Auslöschung, sondern kulturelle Anpassung, die Assimilation und der Niedergang der jüdischen Arbeiterklassen waren dafür verantwortlich. Selbst in Israel wird die jüdische Arbeiterbewegung, trotz des engen Zusammenhangs, den wir schon aufgezeigt haben, heute mehrheitlich von Israelis bestimmt, die im Land geboren sind und nicht mehr von Osteuropäern. Auch die Form, in der die Bewegung jetzt existiert, ist sehr von der verschieden, die wir aus der Blütezeit des osteuropäischen jüdischen Sozialismus kennen. Der Höhepunkt des jüdischen Sozialismus in Osteuropa fiel mit dem Abschnitt der Geschichte des osteuropäischen Judentums zusammen, in dem die modernen Ideen von Demokratie, Nationalismus und Sozialismus auf eine Gemeinschaft stießen, die das alte Ghetto hinter sich ließ, aber immer noch von einer gemeinsamen Kultur geprägt war, die sich in hohem Maße von der sie umgebenden Kultur der nichtjüdischen Mehrheit unterschied. Vielleicht ist es gar nicht so überraschend, daß eine säkulare Ideologie, die einen so ausgeprägten utopischen Zug an sich hatte, eine so mächtige Wirkung auf junge Juden ausübte, die Teil der modernen Gesellschaft sein wollten, aber gleichzeitig stark von dem traditionellen jüdischen Messianismus bewegt waren. Auch die Allgegenwart des Antisemitismus trug dazu bei, die Anziehungskraft einer Idee zu vergrößern, die versprach, eine neue Gesellschaft zu schaffen, die von allen Vorurteilen und von aller Ungerechtigkeit frei sein würde. Am Ende konnte sich die Richtung des Sozialismus, die der Bund repräsentierte, und mit ihm die Sozialdemokratie insgesamt, in Osteuropa nicht durchsetzen. Sie fiel entweder dem Kommunismus oder dem Faschismus anheim, und beide bestritten dem jüdischen Sozialismus das Existenzrecht. Auch erwies sich das Programm des Bundes für eine nationale Autonomie angesichts der Weigerung der osteuropäischen Staaten, es in die Tat umzusetzen, als wenig wirkungsvoll. Der sozialistische Zionismus war insofern erfolgreicher und hinterließ einen nachhaltigeren Eindruck, als er eine große Rolle bei der Entstehung eines eigenständigen jüdischen Staates spielte; aber auch er versagte vor der Aufgabe, die überwiegende Mehrheit der osteuropäischen Juden vor dem Untergang zu retten.

Wie auch immer - der Bund und die vielen verschiedenen Ausprägungen des sozialistischen Zionismus riefen so etwas wie eine Revolution in der jüdischen Gemeinschaft hervor: Sie priesen die Vorzüge der bis dahin verachteten jüdischen Arbeiterklasse und ihrer nicht weniger verachteten jiddischen Sprache und Kultur. Sie waren unter den ersten, die den osteuropäischen jüdischen Massen die Botschaft der Demokratie brachten. Sie kämpften den guten, wenn auch nicht immer erfolgreichen Kampf, die Lebensbedingungen der jüdischen Arbeiter zu verbessern. Und wenn die Massen, die sie vertreten und führen wollten, im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden, so sollte man nicht vorschnell annehmen, daß das Vermächtnis der Bundisten und sozialistischen Zionisten keinen Platz mehr bei uns habe. Die jüdische Geschichte war im modernen Zeitalter voller Überraschungen. Es könnte sein, daß in nicht allzu ferner Zukunft die jüdische Jugend in Europa, Amerika oder Israel das jüdische sozialistische Erbe wiederentdeckt und sogar Schritte unternehmen wird, neue Organisationen zu gründen, die auf den Idealen des Bundes, des Pioniers oder der Poale Zion aufbauen.

(Aus dem Englischen von Anette Keimburg)



Filmriß zeigt: Frauen, die morden

Sonntag, 10.3.1996, 20.30 Uhr

Arsen & Spitzenhäubchen

USA 1941-44, R.: Frank Capra, D. u. B.: Julius und Philip Epstein, D.: Cary Grant, Priscilla Lane, Josephine Hull, Jean Adair, Peter Lorre.

Schriftsteller Brewster erfährt kurz nach seiner Hochzeit mit Elaine, daß in seiner Familie der Wahnsinn um sich greift. Er wußte zwar, daß sein Bruder Jonathan ein Mörder ist, doch dann bemerkt er auch noch, daß seine beiden Tanten reihenweise betagte, einsame Herren durch vergifteten Holunderbeerwein "erlösen", die Mortimers Bruder Telly beseitigt.

Capra versteht es, die verrückten Aspekte der Geschichte soweit zu überziehen, daß die Gruselelemente zugungsten des Humors zurückweichen. Der brillante Komiker Cary Grant steigert sich in hysterische Zustände und steht damit im krassen Gegensatz zur stoischen Abgeklärtheit seiner Tanten, die ihre Verbrechen als völlig selbstverständlich und sogar ehrenvoll begreifen.

Diese makabre Gruselkomödie schließt an den großen Erfolg des gleichnamigen Bühnenstücks an und avancierte zu einem Klassiker des schwarzen Humors.

Sonntag, 24.3.1996, 20.30 Uhr

Thelma & Louise

USA 1991, Regie: Ridley Scott, Buch Callie Khouri, DarstellerInnen: Susan Sarandon, Geena Davis, Harvey Keitel

19. Mai 1991: Ridley Scotts Roadmovie um zwei Frauen auf der Suche nach Leben und Freiheit begeistert nach der Uraufführung bei den Filmfestspielen in Cannes nicht nur das weibliche Publikum.

Die unselbständige Ehefrau Thelma und ihre selbstbewußte Freundin Louise wollen eigentlich nur einen Ausflug machen, als Thelma an der Raststätte beinahe vergewaltigt wird und Louise den Mann erschießt. Fortan ist in ihrem Leben nichts mehr so wie vorher. Je häufiger sie in bedrohliche Situationen die manchmal brutalen männlichen Methoden anwenden, desto mehr gewinnen die Frauen an Stärke.

In den USA wollten reaktionäre Kritiker den Film für junge Frauen verbieten lassen.

Frauen, die töten, werden immer (noch) mit besonderem Interesse bedacht. Abscheu und Faszination sind deutlich größer als bei vergleichbaren Taten ihrer männlichen Pendants.

Auch Filme spiegeln diese Realität. Während männliche Figuren wahllos herumballern und prügeln dürfen, ist die Reaktion auf das "gleiche" Verhalten von Frauen eindeutig: hoch schlugen die Wellen der Empörung in der Presse bei dem Film "Thelma und Louise", in dem Frauen angeblich männermordend durch die Gegend zogen. Genauer betrachtet erzählt der Film die Geschichte der schmerzhaften Einsicht, daß die Art, wie Frauen sich mit Männern eingerichtet haben, ihre eigene Unterdrückung stabilisiert.

Nicht nur in diesem Film - und nicht nur im Film - werden Frauen zunehmend die selbstverständlich gewordene Demütigung bewußt. Sie werden zu Täterinnen vor dem Hintergrund ganz "banaler" alltäglicher Gewalt wie Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Nichtbeachtung. Dabei sind die Übergänge von Normalität und Abweichung fließend. Unsere Filme zeigen Frauen, die nicht länger gewillt sind, klaglos zu funktionieren oder ihre Rolle als begehrenswertes Weibchen zu erfüllen. Sie begehren auf, verlassen den defensiven Opferstatus zugunsten aktiven Handelns.

alhambra

selbstverwaltetes aktions- und kommunikationszentrum — programm märz 96

Sa. 2. März	20.00 Uhr	FrauenLesbenfest vom Lesbentelefon
So. 3. März	20.00 Uhr	Rollenwechsel zeigt: Butterfly Kiss
Fr. 8. März	20.30 Uhr	NutzerInnenplenum
	23.00 Uhr	Die Disco
Sa. 9. März	21.00 Uhr	FrauenLesbendisco (alk+rauchfrei, beginnt mit 90 min Standard)
So. 10.März	20.30 Uhr	Filmriß zeigt: Arsen & Spitzenhäubchen
Mo. 11.März	20.30 Uhr	Veranstaltung zur Repression gegen die Antifa (M)/Göttingen
		(Veranstaltung von: SDAJ/DKP OL)
Fr. 15.März	20.00 Uhr	Konzert: Macro-Trauma+Foreign Nature+Yeast
Sa. 16.März	22.00 Uhr	Männerfabrik
Fr. 22.März		Konzert: Fresh Family
Sa. 23.März	19.00 Uhr	Rollenwechsel Filmnacht+Disko (19.00 Uhr **Kommt Mausi raus?**, 21.00 Uhr **Barbarella**, 22.30 Uhr **Lesbendisko**)
So. 24.März	20.30 Uhr	Filmriß zeigt: Thelma & Louise
Di. 26.März	21.00 Uhr	Crush Hour Concerts: Brawl+PCP
Do. 30.März	22.00 Uhr	Rosa Disco

Regelmäßige Termine im Alhambra:

Montag: 18.00 Uhr Crush Hour Concerts ★ 20.30 Uhr Antifa-Café
Jeden 2. Mittwoch: 20.00 Uhr Antimilitarismus-Anti-AKW-Gruppe
Donnerstag: 16.30 Uhr Libertäres Infocafé ★ 18.00 Uhr Infocafé und Archiv ★ 20.00 Uhr Vokü, anschließend Kneipe ★ 20.30 Uhr Oldenburger Rechtshilfe
Jeden 1. Sonntag: 17.00 Uhr Tierrechtsinfocafé in der Kneipe mit Kuchen und Tee